

NACHRICHTEN

ZUR WIRTSCHAFTS- UND SOZIALPOLITIK

INFORMATIONEN UND KOMMENTARE

D 21395 E **10**

Frankfurt, Oktober 1971 Einzelpreis 1,— DM XI. Jahrgang

Eine Serie von Gewerkschaftstagen und gewerkschaftlichen Konferenzen bestimmt in diesem Herbst das gewerkschaftspolitische Geschehen. Die Gewerkschaftstage der IG Metall, IG Bergbau und Energie, der Deutschen Postgewerkschaft und der Gewerkschaften Textil - Bekleidung sowie Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft haben bis Mitte Oktober bereits stattgefunden; es folgen der Gewerkschaftstag der IG Druck und Papier sowie die Bundeskonferenzen des DGB für die Angestellten, die Beamten und die Gewerkschaftsjugend.

Die Situation ist gekennzeichnet von verstärktem Bemühen der Unternehmerverbände und ihrer politischen Vertreter, die Forderungen der Gewerkschaften nach höheren Löhnen und Gehältern, nach Umverteilung des einseitig beherrschten Produktivvermögens, nach Mitbestimmung und gesellschaftlichen Reformen zu verteufeln. CDU und CSU erweisen sich als kompromißlose Apologeten des Großkapitals, die nicht davor zurückschrecken, den Gewerkschaften

die Misere des kapitalistischen Systems anzulasten. Aber auch verantwortliche sozialdemokratische Politiker verwenden sich als Maßhalte-Prediger gegenüber den Gewerkschaften und sind bestrebt, diese gewissermaßen als „Träger“ und „Ordnungsfaktoren“ in das herrschende System der Bundesrepublik einzugliedern. Das zeigte sich auf mehreren Gewerkschaftstagen, auf denen Willy Brandt, Herbert Wehner, Waller Arendt, Georg Leber, Helmut Schmidt und andere auftraten, um irgendwelche „Gemeinsamkeiten“ zu beschwören, wie etwa auf dem Wiesbadener Kongreß der IG Metall.

Gewerkschaft als Motor des Fortschritts

Mehr denn je werden die Gewerkschaften um die Bewahrung ihrer Unabhängigkeit und Handlungsreiheit kämpfen müssen, weil sie nur dann die „Gesellschaftsreform als gewerkschaftliche Aufgabe“, um mit dem Motto des IG-Metall-Gewerkschaftstages zu sprechen, erfolgreich vorantreiben können. Sehr zu Recht warnte auf dem Kongreß der Gewerkschaft Textil - Bekleidung in Dortmund der DGB-Vorsitzende Heinz O. Vetter davor, daß versucht werde, die Gewerkschaften auf bestimmte Aufgaben im sozialen Bereich zu beschränken und so „in bestehende Machtverhältnisse einzubinden“.

Daß aber die Gewerkschaften aufgerufen sind, die wirtschaftliche, politische und gesellschaftliche Machtstellung der Monopole und Konzerne überwinden zu helfen, bekräftigte erneut der Gewerkschaftstag der IG Metall, der u. a. als gewerkschaftliche Aufgabe die „Überführung von Schlüsselindustrien und anderen markt- und wirtschaftsbeherrschenden Unternehmungen in Gemeineigentum“ in die Satzung aufnahm. Die gleiche Forderung erhoben in diesen Tagen auch Tausende Stahlarbeiter des Klöckner-Konzerns und der Stahlwerke Süd-Westfalen. Als vordringliche gewerkschaftliche Anliegen — neben dem Kampf um höhere Löhne und Gehälter — erweisen sich darüber hinaus in der Gegenwart, und das ist das Fazit der Kongreß- und Tagungsserie, das energische Eintreten für ein fortschrittliches Betriebsverfassungsgesetz, für paritätische Mitbestimmung in allen Großunternehmen, für die Überwindung der skandalösen Eigentumsverteilung und drastische Senkung der Rüstungslasten als Beitrag der Bundesrepublik zur Entspannungs- und Friedenspolitik. **Sb.**

Aus dem Inhalt:

Krim-Gespräch	2
Realitäten anerkennen Relikt des kalten Krieges in der IG-Metall-Satzung	2
Kritische IG-Metall-Delegierte Bericht vom Gewerkschaftstag der IG Metall	3—5
IG Bergbau gab sich neue Satzung	5
Forderungen sind unterste Grenze Metall-Gewerkschaftstag diskutierte Tarifpolitik	6
„Gesamtmittel“ provoziert	7
ÖTV will Tarife kündigen	8
Bruch mit einem Tabu Zum Gewerkschaftstag der IG Druck und Papier	9
Drängen auf Fortschritt DGB-Jugend formuliert ihre Forderungen	10
Kongreß der Textilarbeiter	10
Protest in Limburg Demonstration gegen Durchsuchung des DGB-Büros	11
Kein Reform-Etat	12
BetrVG ohne Fortschritte Gewerkschaften kritisieren weiterhin den Bonner Entwurf	13
Zwei Jahre DGB-Erklärung Betrachtung zur Halbzeit der Regierung	14
Akrobalen der Vermögensbildung	15
Öffentliche Thesen-Diskussion Aussprache zum Parteitag der DKP	16
Plan mit Schattenseiten Arendt-Plan zum Rentenrecht	18
Forumsgespräch mit dem FDGB	20
Anti-Gewerkschafts-Gesetz Bericht aus England	22
Buchbesprechung Gewerkschaftspolitik — wofür?	23

Krim-Gespräch Realitäten anerkennen

L. I. Breschnew traf sich mit Kanzler Brandt auf der Krim. Schon das Klima dieser Begegnung war bemerkenswert. Offenkundig war das Bestreben Breschnews, es dem Gast aus der Bundesrepublik zu erleichtern, auf dem Wege einer Politik der Verständigung und Entspannung in Europa voranzuschreiten.

Brandt wurde sich mit Breschnew einig, daß die schon unterschriebenen Verträge zügig rechtskräftig werden sollen. Schon das ist eine ganze Menge: Die Verträge von Moskau und Warschau mit der Anerkennung der bestehenden Grenzen in Europa, das Abkommen über Westberlin, das neue Möglichkeiten schafft, in Zentral-Europa den Frieden fester zu machen und die Beziehungen zwischen der BRD und der DDR zu normalisieren.

Es läßt aufhorchen, wenn Brandt nach der Reise erklärt, das ganze diene der Normalisierung der Beziehungen der BRD zur UdSSR; die Handelsbeziehungen, der Kultur- und Sportaus-tausch sollen ausgeweitet werden.

Brandt hat die schon am 12. August 1970 erklärte Bereitschaft der Bundesregierung bekräftigt, aktiv eine europäische Sicherheitskonferenz vorbereiten zu helfen und für eine allseitige Truppenverminderung in Europa einzutreten. Auch die Aufnahme der DDR und der BRD in die UNO gehöre zur Politik der Bundesregierung, heißt es. Das alles ist ermutigend. Die Gespräche auf der Krim zeigen, daß die Vertragsabschlüsse von Moskau, Warschau und Westberlin schon ihre positive Auswirkung haben und die realen Chancen für eine Politik der friedlichen Koexistenz erweitern.

Ganz im Sinne dieser neuen realen Möglichkeiten ist der Vorschlag der Regierung Finnlands, jetzt Verhandlungen zu den Regierungen der DDR und der BRD aufzunehmen, um diplomatische Beziehungen zwischen Finnland und den jeweiligen deutschen Staaten herzustellen.

Es ist wohl kennzeichnend für die Lage in Bonn, daß zwar die Regierung der DDR sich sofort zu solchen Verhandlungen mit der finnischen Regierung bereit erklärt hat, aber die Bundesregierung sich gegen solche diplomatischen Beziehungen sträubt. Es ist schon so, die Bundesregierung „handelt“ — den Kontakt mit den Gegnern einer Politik der Entspannung, der CDU/CSU suchend und Rücksicht nehmend auf die Rechtskräfte — kaum aus eigenem Impuls, sondern gedrängt von den äußeren Umständen. Die Bundesregierung muß auf dem Wege einer Politik der friedlichen Koexistenz von den fortschrittlichen Kräften Schritt um Schritt vorwärts getragen werden.

- jol -

Relikt des kalten Krieges in der IG-Metall-Satzung Verträge ratifizieren und Rüstung abbauen

Die während des 10. ordentlichen Gewerkschaftstages der IG Metall vom 26. September bis 2. Oktober beobachtete Widersprüchlichkeit der Aussage trat insbesondere in der Haltung zur Außenpolitik zu Tage. Auf der einen Seite wurden das Abkommen über Westberlin und die Verträge von Moskau und Warschau begrüßt sowie der Abbau der Rüstungen und eine europäische Sicherheitskonferenz gefordert. Auf der anderen Seite bestätigte die Mehrheit des Gewerkschaftstages eine Satzungsbestimmung, wonach die größte Gewerkschaft im DGB einen ganz Deutschland umfassenden Geltungsbereich anstrebt.

Wenn auch viele Anträge der Vertreterversammlungen in der angenommenen Entschließung III — „Abrüstung und Entspannung“ — nicht oder nur teilweise Berücksichtigung fanden, sprach sich der Gewerkschaftstag einmütig für den Abbau der Rüstungen und Rüstungshaushalte aus. Zugleich wurden von der Bundesregierung „eigene Abrüstungsinitiativen“ gefordert. Die in mehreren Anträgen enthaltenen Forderungen nach sofortiger Ratifizierung der Verträge von Moskau und Warschau durch den Bundestag sowie die völkerrechtliche Anerkennung der DDR blieben in der Entschließung unberücksichtigt.

Statt der in diesen Verträgen und im Westberlin-Abkommen enthaltenen Anerkennung der Realitäten, insbesondere der Existenz der DDR und ihrer Grenzen, zu folgen, beharrte eine Mehrheit des Gewerkschaftstages in dieser Frage auf einer Position des kalten Krieges. Entsprechend einem Vorstandsantrag wurde in der Präambel der IG-Metall-Satzung erneut die Bestimmung bestätigt, „eine das ganze Deutschland umfassende Industriegewerkschaft Metall“ zu erstreben.

Als eine starke Minderheit von mehr als einem Drittel der Delegierten gegen diesen Alleinvertretungsanspruch gegenüber der DDR stimmte, traten der 1. und 2. Vorsitzende der IG Metall, Otto Brenner und Eugen Loderer, mit Argumenten auf, die sonst Barzel gegen die Regierung Brandt/Scheel vorbringt. Durch Anerkennung der zwei deutschen Staaten in der IG-Metall-Satzung würde, nach Loderer, den „Bemühungen um eine Entspannung vorgegriffen“.

Zuvor hatten die Delegierten Gerd Diedrichs und Ernst Rodeck deutlich gemacht, daß diese Satzungsbestimmung, Gesamtdeutschland vertreten zu wollen, den Geist der von der Bundesregierung abgeschlossenen Verträge von Moskau und Warschau in Frage stellt. Schon bei der vorangegangenen Diskussion zu den Geschäftsberichten hatte der Delegierte Bernhard Hölz die Frage aufgeworfen: Will mit dieser Satzungsbestimmung die IG Metall „der Regierung Brandt Knüppel in den Weg legen und Adenauers kalten Krieg fortsetzen?“

In der Tat zeigte sich auf dem Gewerkschaftstag der IG Metall, daß in dieser Frage Brenner und Loderer offenbar rechts neben den eigenen Parteifreunden stehen und nicht bereit sind, die von den Regierungen der Westmächte und der BRD anerkannten Realitäten auch seitens der IG Metall zu akzeptieren. Nur durch Aufbietung ihrer ganzen Autorität und mit demagogischen Argumenten war es ihnen möglich, die Mehrheit der Delegierten dahingehend zu beeinflussen, daß auch sie die Realitäten nicht anerkannten.

Ferner sollte nicht übersehen werden, daß diese Satzungsbestimmung auch im Widerspruch zur DGB-Satzung steht, in der dieses Relikt aus der Zeit des kalten Krieges nicht enthalten ist. Es bleibt zu hoffen, daß der nächste Gewerkschaftstag der IG Metall im Jahre 1974 die Wirklichkeit auch satzungsmäßig zur Kenntnis nimmt.

Jetzt wird es notwendig sein, aktiv für die Verwirklichung einer Entspannungs- und Friedenspolitik im Interesse der Arbeiter und Angestellten einzutreten. Dazu gehört die Forderung an Bundesregierung und Bundestag, die Verträge von Moskau und Warschau bald zu ratifizieren, sich für eine europäische Sicherheitskonferenz und die Aufnahme beider deutscher Staaten in die UNO einzusetzen sowie statt einer 11prozentigen Erhöhung die Kürzung des Rüstungshaushaltes 1972 zu verlangen.

In dem Umfange, wie die Gewerkschaften sich für diese Forderungen engagieren, werden auch die Verhandlungen zwischen den Regierungen der DDR und der BRD auf der Basis des Vier-Mächte-Abkommens über Verkehrsfragen und die Beziehungen zwischen Westberlin und der DDR zu einem baldigen positiven Ergebnis führen.

Nicht zuletzt sollten sich die Gewerkschaften für eine gesamteuropäische Gewerkschaftskonferenz einsetzen, an der alle europäischen Gewerkschaften — einschließlich des FDGB und der beiden größten Gewerkschaften Frankreichs und Italiens, CGT und CGIL — teilnehmen.

Werner Petschick

Kritische IG-Metall-Delegierte

Vom 10. Gewerkschaftstag der IG Metall in Wiesbaden
Otto Brenner hatte einen schweren Stand

Außergewöhnlich kritisch, in seinen Ergebnissen jedoch widersprüchlich, verlief der 10. ordentliche Gewerkschaftstag der IG Metall, der vom 26. September bis 2. Oktober 1971 in Wiesbaden stattfand. Im Mittelpunkt der heftigen Debatten standen aktuelle Fragen der Tarifpolitik, die konzertierte Aktion, das unzureichende Betriebsverfassungsgesetz, Abrüstung und Friedenssicherung sowie die innergewerkschaftliche Demokratie und im Zusammenhang damit die Stellung der gewerkschaftlichen Vertrauensleute im Betrieb und in der Gewerkschaft. Recht massiv waren die Versuche von Vorstandsmitgliedern der IG Metall und Vertretern der Bundesregierung, diese größte Gewerkschaft im DGB auf einen regierungskonformen Kurs zu bringen und stärker in das herrschende System einzubeziehen. Ein großer Teil der Delegierten setzte diesen Bestrebungen harten Widerstand entgegen.

Die 2,2 Millionen Mitglieder der IG Metall wurden auf dem Wiesbadener Gewerkschaftstag von 470 Delegierten und 184 Gastdelegierten vertreten, die über 1238 Anträge und 17 Entschlüsse sowie über 30 Initiativanträge zu beraten hatten. Von den 470 Delegierten waren 80 Prozent ehrenamtliche Funktionäre; 75 Prozent der Delegierten nahmen zum ersten Male an einem Gewerkschaftstag teil. Offensichtlich trug diese Zusammensetzung mit dazu bei, daß unbefangenen und kritisch diskutiert wurde, während andererseits nicht immer und rechtzeitig in Verfahrensfragen die Tricks und Kniffe der „alten Kongreßhasen“ im Vorstand durchschaut und pariert werden konnten.

Enttäuschte Erwartungen

Der 10. Gewerkschaftstag der IG Metall machte deutlich, daß zwischen der Politik der Bundesregierung und den Erwartungen der Arbeiter und Angestellten, der organisierten Gewerkschaften, große Widersprüche bestehen. Während die Referate Otto Brennners, Eugen Loderers, Willy Brandts, Herbert Wehners und Walter Arendts dies zu überdecken und Gemeinsamkeiten zwischen den Forderungen der Gewerkschaften und der Politik der Bundesregierung zu finden suchten, trat sofort mit dem ersten Diskussionsredner und — bei wenigen Ausnahmen — allen weiteren die vorhandene Kluft zutage, die sich vor allem in der Kritik am Verhalten des Vorstandes in einer Reihe von Fragen offenbarte.

Allzu deutlich war das Bestreben Otto Brennners und seiner Mannschaft im Vorstand, die gegenwärtige Tarifbewegung aus den Debatten des Gewerkschaftstages herauszuhalten — offensichtlich aus Furcht, die Forderungen könnten „hinaufdiskutiert“ und entsprechenden Festlegungen unterworfen werden. Vor der Presse meinte Otto Brenner, man solle die tarifpolitischen Fragen nicht überbewerten, sie seien „nur“ zu einem Siebel in

den Anträgen enthalten. Das waren immerhin 173 Anträge.

Wie zu erwarten gewesen war, entlud sich in der Debatte — angesichts der Tatsache, daß in den Betrieben Lohn- und Gehaltsforderungen um 13, 15 und mehr Prozent erhoben wurden —, die aufgestaute Verärgerung über den Vorstand. Dieser hatte, als faktische Wirkung der Beteiligung an der konzertierten Aktion, durch seine Einflüsse in den Bezirken dafür gesorgt, daß die unzureichenden 9- bis 11-Prozent-Forderungen beschlossen wurden. (Siehe zur Tarifpolitik und zur konzertierten Aktion auch: „Forderungen sind unterste Grenze“, Seite 6.)

Auf diesem Gewerkschaftstag wurden alle Argumente für die Teilnahme der IG Metall — und überhaupt der Gewerkschaften — an der konzertierten Aktion zertrümmert. So muß man es schon bezeichnen, weil selbst Otto Brenner, der mehrmals zu dieser Frage gesprochen hatte, am Ende seines Lateins anlangte, ohne überzeugt zu haben. („Ich verstehe einfach die Welt nicht mehr. Argumente, glaube ich, reichen nicht aus, um zu überzeugen.“) Und weil Brennners Argumente nicht reichten, flüchtete er sich in unterschiedliche Verdächtigungen gegen die Gegner der konzertierten Aktion. Darauf antwortete ihm die Delegierte Edith Franzmann: „Du kannst doch nicht einfach argumentieren, eine bestimmte Gruppe von Gewerkschaftsmitgliedern versucht, einen Keil in unsere Organisation zu treiben!“

Keine Argumente mehr für konzertierte Aktion

Da Brenner die Frage der weiteren Teilnahme der IG Metall an der konzertierten Aktion so zuspitzte, als hänge davon der Bestand der SPD/FDP-Regierung ab, billigten die Delegierten gegen etwa 100 Stimmen die vom Vorstand eingebrachte Entschließung II zur Wirtschaftspolitik. Darin wird die Beteiligung der IG Metall in diesem Gremium als gegeben vor-

ausgesetzt und u. a. gefordert, „daß die Bundesregierung über Gewinne und Vermögen genau so eingehende statistische Erhebungen anstellt wie über die Arbeitseinkommen“.

Von den 15 Anträgen, die zur konzertierten Aktion vorlagen, hatten 14 den Austritt verlangt bzw. das weitere Verbleiben darin von klaren Bedingungen abhängig machen wollen. Diese Anträge waren von der Antragsberatungskommission trotz genau gegenteiliger Aussage als „erledigt“ empfohlen worden, wenn die Entschließung II verabschiedet wird. Eine Abstimmung über diese Anträge konnte nicht stattfinden, da nach dem gezielt ausgeklügelten Geschäftsordnungsverfahren nur die Ablehnung der Vorstandsentscheidung in der Gesamtheit, also auch der positiven Passagen, den Weg für die Einzelberatung der Anträge freigegeben hätte.

Nachdem die 1238 Anträge an den Gewerkschaftstag aus den Verwaltungsstellen und verschiedensten Organen der IG Metall fristgemäß eingereicht waren, kam man im Vorstand der

Alleinvertreter Brenner

In einem Interview mit der „Welt der Arbeit“ hatte Otto Brenner kurz vor dem Gewerkschaftstag der IG Metall auf die Frage nach den Chancen gewerkschaftlicher Ostpolitik erklärt, es komme den Gewerkschaften darauf an, die Entspannung zu fördern, und er verlange nicht mehr, als die Zugehörigkeit des Landesbezirks Westberlin zum Deutschen Gewerkschaftsbund.

Nun wohnen offensichtlich in Otto Brennners Brust zwei Seelen; die eine, die dazu beitragen will, die Entspannung zu fördern, und eine andere — eine antikommunistische — die ihn veranlaßte, auf dem Gewerkschaftstag der IG Metall die Delegierten zu beschwören, eine Satzungsbestimmung zu bestätigen, in der es heißt, die IG Metall erstrebe eine „das ganze Deutschland umfassende Industriegewerkschaft Metall“.

Otto Brenner und sein Vorstand können nicht so einfältig sein, zu übersehen, daß sie mit dem Anspruch: „Das ganze Deutschland soll es sein“, nicht die Entspannung fördern, sondern den anmaßenden Alleinvertretungsanspruch der kalten Krieger unterstützen und damit die Normalisierung der Verhältnisse zwischen den beiden deutschen Staaten erschweren.

Otto Brenner, von manchen Gewerkschaftlern immer noch als fortschrittlich angesehen, ist in dieser Frage offenbar bei Adenauer stehengeblieben — er ist noch nicht einmal bis Willy Brandt gekommen. okulus

IG Metall auf die offenkundig politisch motivierte Idee, noch 17 umfangreiche Entschließungsentwürfe nachzureichen. Auffallenderweise erstreckten sich diese Vorstandsentschließungen auf solche Bereiche, zu denen Anträge mit besonders kritischen Aussagen und progressiven Forderungen vorlagen wie: allgemeine und Gesellschaftspolitik, Wirtschaftspolitik, Entspannung und Abrüstung, Mitbestimmung und Betriebsverfassung, Vertrauensleute- und Betriebsratsarbeit, Tarifpolitik und so weiter.

Diese Methode, die Ergebnisse langwieriger und gründlicher Beratungen in den Organen der IG Metall, die von der Aktivität an der Basis zeugen, durch in der Zentrale formulierte Entschließungen aufzufangen und inhaltlich meistens noch in eine andere Richtung zu biegen oder gar ins Gegenteil zu verkehren — wie die Aussagen zur konzertierten Aktion — wurde von mehreren Delegierten scharf kritisiert.

Aktionen für fortschrittliches BetrVG

Der Gewerkschaftstag bekräftigte die Forderung nach einer gesellschaftspolitisch fortschrittlichen Betriebsverfassung. Einstimmig wurde ein Initiativantrag verabschiedet, der den neuen Koalitionsentwurf zum Betriebsverfassungsgesetz in entscheidenden Punkten für nicht den gewerkschaftlichen Forderungen entsprechend erklärt und verlangt, daß „vor den letzten beiden Lesungen (im Bundestag — d. V.) Aktionen durchgeführt werden, um entsprechende Verbesserungen zu erreichen“. (Siehe den Wortlaut: „Für besseres BetrVG.“)

Die Delegierte Karin Wolk sagte als eine von mehreren Rednern zu dieser Frage, häufig von Beifall unterbrochen, was alle dachten: „Wenn heute die Regierung und die Bundestagsparteien SPD und FDP davon sprechen, daß der vorliegende Regierungsentwurf ein Fortschritt gegenüber dem geltenden Gesetz sei, dann können wir nur feststellen, Änderungen gegenüber den bisherigen Regelungen gibt es nur in untergeordneten Punkten... Die Novellierung des Betriebsverfassungsgesetzes nach den Vorstellungen und dem Entwurf des DGB — nur das dürfte für uns Gewerkschafter zur Diskussion stehen — wird meiner Meinung nach über das jetzige Parlament ohne außerparlamentarische Aktionen kaum zu realisieren sein. Wir müssen alle notwendigen gewerkschaftlichen Mittel in Aktion bringen, um den Regierungsentwurf des Betriebsverfassungsgesetzes nicht zum Gesetz werden zu lassen...“

Die Delegierten der IG Metall sehen in den Verträgen von Moskau und Warschau sowie im Westberlin-Abkommen wichtige Voraussetzungen für

den Erfolg einer europäischen Sicherheitskonferenz. Sie erwarten in allen Ländern einen Abbau der Rüstungen und Rüstungshaushalte, die kontrollierte gegenseitige Verringerung der Truppenstärke sowie den Abschluß weiterer internationaler Vereinbarungen über Kontrolle, Verbot und Vernichtung der atomaren, bakteriologischen und chemischen Waffen. Die US-amerikanischen Aggressoren werden jedoch nicht ausdrücklich beim Namen genannt, wenn der Kongreß „die beteiligten Staaten“ erneut auffordert, „endlich mit den militärischen Interventionen in Südostasien...“ Schluß zu machen.

Otto Brenner trat auf dem Gewerkschaftstag deutlicher noch als in der Vergangenheit als Vertreter Bonner Regierungspolitik und der System-sicherung auf. Weil das nicht den Interessen der Mitglieder und Funktionäre der IG Metall entspricht, halte er dabei einen schweren Stand. Seine antikommunistische Position führte ihn einmal sogar in die Nähe des Nationalismus Adenauerscher Machart, als er mit dem Einsatz seiner ganzen Person und Autorität die Streichung einer Satzungsbestimmung verhinderte, die „eine das ganze Deutschland umfassende Industriegewerkschaft Metall“ zur Aufgabe macht. (Siehe dazu: „Realitäten anerkennen“, Seite 2.)

Eine kritische Debatte gab es auch zu dem Entschließungsentwurf XIV: „Bekämpfung des politischen Extremismus.“ Diese mit Gegenstimmen verabschiedete Entschließung des Vorstandes wendet sich gegen das ungehinderte Wirken der rechtsextremen Kräfte in der Bundesrepublik, insbesondere der NPD. Allerdings ließ sich die Mehrheit der Delegierten unter Hinweis auf linkssektiererische Gruppen dazu verleiten, gleiche Maßnahmen auch gegen „linksextremistische Aktivitäten“ zu fordern.

Gefährliche Gleichsetzung

Der Delegierte Rolf Knecht wandte sich nachdrücklich gegen die gefährliche Gleichsetzung von rechts und links. Er lehne zwar, wie alle Delegierten, die Aktionen und Schriften der ultralinken Sektierer ab, aber man könne sie nicht mit Verfolgungsmaßnahmen, sondern nur mit einer richtigen und konsequenten Gewerkschaftsarbeit im Betrieb parieren. Die Gleichsetzung der Linken mit den Neonazis sei gefährlich, weil sich das gegen die Gewerkschaften selbst richten könne. Diese Gleichsetzung werde von den Gegnern der Gewerkschaften ausgenutzt. Knecht fragte: „Sind wir in den Augen zum Beispiel der Springer-Presse nicht schon links-extrem, wenn wir eine aktive Lohnpolitik verfolgen, oder wenn Lehrlinge für eine bessere Berufsausbildung eintreten? Gar nicht zu reden davon, wenn wir alte Besitzstrukturen ändern wollen.“

Eine zentrale Rolle spielten auf dem Gewerkschaftstag Fragen der Vertrauensleutarbeit und der innergewerkschaftlichen Demokratie, die vielen Delegierten unzureichend gesichert oder gar gefährdet erschien. Im Mittelpunkt der Diskussion über die Stärkung der gewerkschaftlichen Vertrauensleute im Betrieb stand der Antrag 279 zur Satzung. Danach sollte in die Satzung die wesentliche Bestimmung aufgenommen werden, daß der gewerkschaftliche Vertrauenskörper Organ der Gewerkschaft im Betrieb ist. Ohne Zweifel würde eine solche Bestimmung zur festleren Verankerung der IG Metall in den Betrieben führen.

Gegen „Meinungsleitlinien“

Die Empfehlung der Antragskommission, den Antrag 279 als Material dem Vorstand zu überweisen, wurde mit 219 gegen 209 Stimmen abgelehnt. In einer weiteren Abstimmung über die Annahme des Antrages wurde die für die Änderung der Satzung erforderliche Zweidrittelmehrheit nicht erreicht.

Zusätzlichen Zündstoff brachte in die Debatte über die Stellung der Vertrauensleute in der Gewerkschaft und im Betrieb eine vertrauliche Gesprächsnotiz, die von interessierter Seite an die Delegierten verteilt worden war. Das mehrere Seiten umfassende Schriftstück gibt den Inhalt einer Aussprache der beiden Mitglieder des geschäftsführenden Vorstandes Willi Michels und Fritz Strothmann mit Arbeitsdirektoren der Montanindustrie wieder. Dabei waren sowohl seitens der Arbeitsdirektoren als auch der IGM-Vorstandsmitglieder abqualifizierende Äußerungen über die Vertrauensleute gemacht worden, die ihnen zuviel mitreden wollen. (Diese Gesprächsnotiz und die Diskussion über die Stellung der gewerkschaftlichen Vertrauensleute sind Gegenstand eines ausführlichen Berichtes, den NACHRICHTEN in der November-Ausgabe bringen wird.)

Schließlich kam es um den Antrag 365 zur Satzung zu einer scharfen Kontrolle. Dieser Antrag fordert: „Die Bezirksleiter sind in geheimer Wahl durch die Bezirkskonferenzen zu wählen...“ Die Antragsberatungskommission hatte Ablehnung empfohlen, da auf Wunsch des Vorstandes und aller Bezirksleiter diese weiterhin vom Vorstand bestimmt werden sollen.

Der Delegierte Hauke protestierte: „Wir sollten uns nicht nur gegen Lohnleitlinien der konzertierten Aktion, sondern auch gegen Meinungsleitlinien des Vorstandes wenden.“ Alle Diskussionssprecher forderten, es müsse Schluß damit gemacht werden, daß zwar alle Funktionäre — oben und unten — demokratisch gewählt würden, nur die Bezirksleiter nicht, die einen beamtenähnlichen Status hätten. Es gelang der Kongreßleitung mit

Mühe, den Antrag 365 an eine Kommission zur Überarbeitung der Satzung überweisen zu lassen, so daß diese Frage auf dem 11. Gewerkschaftstag der IG Metall erneut auf der Tagesordnung stehen wird.

Auf diesem 10. Gewerkschaftstag der IG Metall war die kritische Stellungnahme im Sinne einer konsequenten und effektiveren Interessenvertretung der Mitglieder, waren die kontroversen Standpunkte der Delegierten gegenüber Positionen Otto Brenners und anderer Vorstandsmitglieder ausgeprägter denn je. Obgleich die Widerspiegelung in den Beschlüssen nur schwach ist, was gewisses Loyalitätsverhalten von sozialdemokratischen Gewerkschaftern zu sozialdemokratischen Politikern signalisiert, zeugt der kritikfreudige Kongreßablauf von einem in den sozialen Kämpfen der Jahre 1969 und 1970 gereiften Klassen- und Selbstbewußtsein der Gewerkschafter.

In der kritikgeladenen Atmosphäre des Wiesbadener Gewerkschaftstages bemerkte der Beobachter noch weitere neue Akzente gegenüber früheren IG-Metall-Kongressen: Die Feststellung Otto Brenners in einer Pressekonferenz, daß die DKP eine demokratische Partei wie andere Parteien sei; die Verlesung von Grußschreiben des Parteivorstandes der DKP und anderer Organe dieser Partei durch die Tagungsleitung und vor allem aber das Auftreten von Gegenkandidaten gegen vom Vorstand benannte Kandidaten für den geschäftsführenden Vorstand, die Achtungserfolge erzielen konnten. Otto Brenner selbst, der sich ein letztes Mal zur Wiederwahl stellte, erhielt von 467 abgegebenen 416 Stimmen; die übrigen versagten ihm das Vertrauen.

Zusammenarbeit für starke IGM

Auf dem 10. ordentlichen Gewerkschaftstag der IG Metall traten in faktischer Aktionseinheit und als gute Gewerkschafter sozialdemokratische, kommunistische und parteilose Delegierte kameradschaftlich und konsequent für die Formulierung einer an den Interessen der Metallarbeiter orientierten Gewerkschaftspolitik ein. Ihr gemeinsames Auftreten dokumentierte und unterstrich die Notwendigkeit der solidarischen Zusammenarbeit aller Gewerkschafter, unabhängig von ihrem politischen und konfessionellen Standort, für die Stärkung der Gewerkschaft als Kampforganisation der Arbeiter und Angestellten.

Die in der kritischen Diskussion und in verschiedenen Anträgen erhobenen Forderungen, die von der Vertretung der Mitgliederinteressen und der Praktizierung einer unabhängigen Gewerkschaftspolitik ausgehen, können dazu beitragen, alle Versuche zur stärkeren Einbeziehung der IG Metall in das herrschende System der Bundesrepu-

Für besseres BetrVG

Die Forderungen des IG-Metall-Gewerkschaftstages

Einstimmig beschlossen die Delegierten des 10. Gewerkschaftstages der IG Metall folgenden Initiativantrag zum Betriebsverfassungsgesetz:

Der 10. ordentliche Gewerkschaftstag der IG Metall stellt auch nach den jüngsten Koalitionsvereinbarungen zur Novellierung des Betriebsverfassungsgesetzes fest, daß den Forderungen

gen des Deutschen Gewerkschaftsbundes in entscheidenden Fragen nicht entsprochen wird:

■ Ein eigenes Zugangsrecht der Gewerkschaften zum Betrieb ist nicht gewährleistet, wenn eine unbillige Meldepflicht den Herr-im-Hause-Standpunkt der Unternehmer bekräftigt.

■ Es ist kein Fortschritt, wenn nach einem langen Tauziehen der Kreis der leitenden Angestellten in der alten Form weiterbestehen und nicht eingegliedert werden soll.

■ Man handelt nach der Methode „teile und herrsche“, wenn die willkürliche Aufteilung der Arbeitnehmer in Gruppen noch weiter als in der Vergangenheit ausgedehnt wird.

■ Die Mitbestimmungsrechte der Betriebsräte in personellen, sozialen und wirtschaftlichen Angelegenheiten müssen über die Koalitionsvereinbarungen hinaus im Sinne der DGB-Vorschläge verbessert werden.

■ Die Freiheit der politischen Betätigung im Betrieb bleibt nach den Koalitionsvereinbarungen weiter eingeschränkt. Demokratie ist aber ohne freie politische Willensbildung auch im Betrieb, wo der werktätige Mensch einen großen Teil seines Lebens verbringen muß, eine Fiktion.

■ Die Diskussionsfreiheit in Betriebsversammlungen muß nicht nur über gewerkschaftliche, wirtschafts- und sozialpolitische Fragen, sondern auch über allgemein-politische Fragen gegeben sein.

■ Der Begriff „Tendenzbetrieb“ muß noch schärfer abgegrenzt werden, als dies jetzt vorgesehen ist.

■ Es muß möglich werden, wie das im Arendt-Entwurf bereits vorgesehen war, daß durch Tarifvertrag über das Gesetz hinausgehende günstigere Rechte der Arbeitnehmer und ihrer Vertretungen vereinbart werden können.

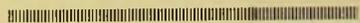
Der 10. ordentliche Gewerkschaftstag der IG Metall hält es für dringend geboten, daß im Sinne dieser Forderungen vor den beiden letzten Lesungen Aktionen durchgeführt werden, um entsprechende Verbesserungen zu erreichen. Bekräftigt werden sollte bei der Gelegenheit auch die Forderung nach qualifizierter Mitbestimmung in den Großbetrieben und Banken. Es darf nicht der Eindruck in der Öffentlichkeit entstehen, daß wir uns mit den jetzigen Zuständen abgefunden haben.



IG Bergbau und Energie gab sich neue Satzung

Auf einem außerordentlichen Kongreß, der am 30. September und 1. Oktober 1971 in Oberhausen stattfand, gab sich die IG Bergbau und Energie eine neue Satzung. Darüberhinaus stand auch die wirtschaftliche Lage des Ruhrbergbaus und der darin Beschäftigten zur Debatte. Obgleich weitere Zechen stillgelegt und die Steuerzahler mit Milliardenbeträgen für die Profitsicherung der Zechenherren zur Kasse gebeten werden, verteidigte der Vorsitzende der IG Bergbau, Adolf Schmidt, den kapitalistischen Superkonzern „Ruhrkohle AG“. Die Stilllegungskonzeption der Ruhrkohle AG, die vom Ausmaß der investierten Steuergelder her schon längst Gemeineigentum sein müßte, rechtfertigte Schmidt mit zum Teil ausgesprochen dummen Formulierungen wie: „Der Anpassungsprozeß im Steinkohlenbergbau muß von allen Gruppen gemeinsam getragen werden, vom Lehrling bis hinauf zum Manager.“

NACHRICHTEN bringen wegen der Fülle der gewerkschaftlichen Veranstaltungen in den Monaten September und Oktober einen ausführlichen Bericht vom IGBE-Kongreß in der November-Ausgabe.



blik abzuwehren. Statt dessen wird es notwendig sein, mehr als bisher im Sinne der auf diesem Kongreß satzungsmäßig bekräftigten Forderung nach Überführung der Schlüsselindustrie in Gemeineigentum und auf der Basis des DGB-Grundsatzprogramms eine breite Aktivität zu entfalten. Das würde dem Motto des Wiesbadener Gewerkschaftstages entsprechen: „Gesellschaftsreform als gewerkschaftliche Aufgabe.“ Gerd Siebert

Forderungen unterste Grenze

Gewerkchaftstag der IG Metall diskutierte Tarifpolitik Heftige Kritik an der gegenwärtigen Lohnbewegung

Einer der Schwerpunkte des 10. ordentlichen Gewerkschaftstages der IG Metall war die Tarifpolitik, einschließlich der damit im engen Zusammenhang stehenden Problematik der konzertierten Aktion. Die Zielstellung des Vorstandes bestand darin, unter allen Umständen eine größere Diskussion zu diesem Problemkreis zu verhindern. Schützenhilfe erwartete er vor allem von Bundeskanzler Brandt, der dann auch die Delegierten beschwor, sich in der Lohnpolitik auf eine Gangart einzustellen, die der „veränderten Landschaft“ angemessen sei. Jedoch das Donnerrollen der Unzufriedenheit wegen der Verfahrensweise in der Tarifbewegung 1970, wie es der Delegierte Heinz Rieken feststellte, setzte sich auf diesem Gewerkschaftstag fort.

Es war hierbei bemerkenswert, daß die Delegierten, die eine aktive Lohnpolitik befürworteten und die lohnpolitische Konzeption des Vorstandes kritisierten, eine auf hohem Niveau liegende Diskussion lieferten, wie kaum zuvor auf einem anderen Gewerkschaftstag der IG Metall. Otto

Tarifen eine Lohnerhöhung von 9 Prozent allenfalls den Reallohn dieses Jahres sichern könne.

Der Remscheider Delegierte Gerd Diedrichs vertrat den Standpunkt, daß die Lohnforderung von 9 Prozent in Nordrhein-Westfalen kein Ausdruck einer aktiven Lohnpolitik sei, „sondern höchstens eine Anpassung an die Preisentwicklung“. Manfred Behrens (Gelsenkirchen) teilte dem Gewerkschaftstag mit, daß in den meisten Großbetrieben Lohnforderungen von 12 und 15 Prozent angemeldet worden waren und widerlegte damit die Unternehmerargumentation, daß diese Forderungen von außergewerkschaftlichen Kräften kommen.

Josef Jäger (Mannheim) kritisierte die unzureichende Höhe der Forderungen, die von den Tarifkommissionen beschlossen wurden. Er wies darauf hin, daß es falsch sei, wie es Otto Brenner tat, bei Beginn der Tarifbewegung den Unternehmern zu sagen, daß die Gewerkschaften beabsichtigen, kürzer zu treten.

Rolf Knecht (Hanau) stellte fest, daß, wenn die Mitglieder der IG Metall an der gestiegenen Produktivität teilhaben wollen, es unbedingt notwendig sei, die geforderten 11 Prozent im Tarifbezirk Hessen voll durchzusetzen. Deshalb sei „nicht eine Gangart langsamer, sondern einen Zahn zulegen“ notwendig. Josef Jäger vertrat die Auffassung, wenn schon die Tarifkommissionen sich zu keiner höheren Forderung durchbringen konnten, so müßten die jetzt aufgestellten Forderungen als Untergrenze der Tarifabschlüsse anvisiert werden. Er verwies darauf, daß gerade dann, wenn die Konjunktur rückläufig ist, und wenn die zahlungsfähige Nachfrage der breiten Masse nicht mehr ausreicht, die produzierten Güter zu kaufen, eine Erhöhung der Löhne und Gehälter besonders notwendig sei.

Er kritisierte auch, daß in der Entschließung VI (Tarifpolitik) die Forderungen vieler Verwaltungsstellen nicht aufgenommen wurden, die besagen, daß die Mitgliedschaft entschei-

dend in jeder Phase der Lohnbewegung stärker als bisher einzubeziehen ist. Günter Becker (Frankfurt) forderte, daß ohne die Mitwirkung und ohne die Zustimmung der Mitglieder kein Tarifvertrag mehr angenommen werden darf.

Mehrere Delegierte wie Benno Feckler (Köln) und Rudolf Hahn (Darmstadt) argumentierten ausführlich zur Problematik der betriebsnahen Tarifpolitik, der Notwendigkeit, Öffnungsklauseln in die regionalen Tarifverträge einzubauen und auf betrieblicher Ebene Zusatztarifverträge abzuschließen.

Eine dramatische Diskussion fand, wie schon auf dem vorigen Gewerkschaftstag in München, um die Teilnahme der IG Metall an der konzertierten Aktion statt. Zahlreiche Delegierte widerlegten die verniedlichende Darstellung Otto Brenners, als ob es sich bei der konzertierten Aktion lediglich um einen Informationsaustausch handele, der den Gewerkschaften keinerlei Bindungen auferlege und ihre Handlungsfreiheit nicht einschränke.

Walter Malzkorn (Düsseldorf) schätzte die konzertierte Aktion als ein tatsächliches Instrument zur Verschleierung der Klassegegensätze ein, das die Vorstellung suggerieren solle, der einkommenspolitische Verteilungskampf sei lediglich eine Frage objektiver Daten und wirtschaftlicher Sachzwänge. Gerd Diedrichs bezeichnete die konzertierte Aktion als ein Werkzeug der Unternehmerverbände gegen die aktive Lohnpolitik der Gewerkschaft, und Günter Becker charakterisierte sie als „Brutkasten für Lohnorientierungsdaten“.

Mehrere Delegierte wiesen nach, daß die Gewerkschaftsfunktionäre zwar in der konzertierten Aktion ihre Argumente vortragen könnten, aber außerhalb, in dem Raum, in dem der Verteilungskampf stattfindet, würden eindeutig die Lohnleitlinien der Regierung popularisiert.

Die Teilnahme der Gewerkschaften an der konzertierten Aktion, so argumentierten die Diskutanten, erschwere den Kampf gegen die Lohnleitlinien der Bundesregierung ganz erheblich. Es werde dadurch für die Gewerkschafter komplizierter, allein die Forderung ihrer Gewerkschaft als verbindliche Orientierung zu betrachten. Noch nie habe es in der konzertierten Aktion eine Empfehlung gegeben, die eine Leitlinie für die Profitsteigerung beinhalte.

Wenn sich der ganze Ideenreichtum, der auf diesem Gewerkschaftstag vorgebracht wurde, noch nicht beschlußmäßig durchsetzen konnte, so wird die Qualität und Überzeugungskraft der Argumente, wenn sie in die gewerkschaftlichen Vertrauenskörper und Vertreterversammlungen getragen werden, den Kampf um eine aktive Lohnpolitik und die Gewerkschaftspolitik insgesamt befruchten.

Heinz Schäfer

Metal: Erste Verhandlungen

Ergebnislos endete am 7. Oktober in Stuttgart das erste Gespräch zwischen der IG-Metall-Tarifkommission Nordwürttemberg-Nordbaden und dem Unternehmerverband Gesamtmetall. Die Unternehmer waren nicht bereit, ein Angebot zu machen. Es handelte sich um das erste Gespräch in der diesjährige Metall-Tarifrunde überhaupt. Weitere Verhandlungstermine sind der 11. oder 13. Oktober (Hamburg), der 14. Oktober (Hessen) und der 15. Oktober (Schleswig-Holstein).

Brenner, der seine ganze Autorität in die Waagschale warf, hatte ihnen nichts weiter als diese entgegenzusetzen.

Bezeichnend für seine Hilflosigkeit war, daß er am 30. September zweimal den Delegierten zurief: „Ich verstehe die Welt nicht mehr“, worauf ihm das Beiratsmitglied Edith Franzmann entgegenhielt: „Wir verstehen Dich nicht mehr, Otto.“

Mehrere Diskussionsredner kritisierten, daß die in der gegenwärtigen Tarifbewegung gestellten Forderungen von 9 bis 11 Prozent völlig unzulänglich seien. Sie verwiesen darauf, daß bei der gegenwärtigen Preissteigerung von 5,4 Prozent, der Steuerprogression, den wachsenden Sozialversicherungsabgaben, den steigenden Verbrauchsteuern und öffentlichen

„Gesamtmittel“ provoziert

Metal-Tarifbewegung: Unternehmerargumente nicht stichhaltig Geldwertstabilität nicht durch Lohnverzicht zu erreichen

In einem Interview mit der „Süddeutschen Zeitung“ hat der Vorsitzende der IG Metall, Otto Brenner, erklärt, seine Gewerkschaft werde nicht zulassen, daß sich der reale Lebensstandard der Metallarbeiter als Folge der Preissteigerung verringere, daher würden „die Verhandlungen sicherlich wieder einmal sehr hart werden“. Mit der „heißen Phase“ der Lohnverhandlungen werde „Anfang Oktober zu rechnen sein“, heißt es in dem Interview weiter.

Diese Feststellung Otto Brennens findet ihre Begründung einmal in der Entschiedenheit, mit der die Mitglieder der IG Metall die Mindestforderung ihrer Gewerkschaft vertreten, und zum anderen in den Vorbereitungen der Unternehmer, den Forderungen der IG Metall mit allen Kräften Widerstand entgegenzusetzen.

Vorstand und tarifpolitischer Ausschuß des Gesamtverbandes Metallindustrieller Arbeitgeberverbände (Gesamtmittel) haben Mitte September auf einer Sitzung in Bad Nauheim entsprechende Beschlüsse gefaßt. Dabei wurde eine Vereinbarung getroffen, bei den bevorstehenden regionalen Tarifverhandlungen gemeinsam vorzugehen, um zu verhindern, daß Regionalverbände abweichend von den allgemeinen Richtlinien von Gesamtmittel Tarifverträge abschließen und damit die Einheitsfront gegenüber der Gewerkschaft sprengen.

Nach den Worten des Vorsitzenden von Gesamtmittel, Herbert van Hüllen, vor der Presse, wurde weiter beschlossen, in den Lohnverhandlungen, wie es demagogischerweise heißt, den von Bundesregierung und Bundesbank geforderten „Beitrag zur Wiedergewinnung der Geldwertstabilität und zur Sicherung der Arbeitsplätze“ zu leisten. Dabei, so betonte van Hüllen, wolle man sich auch „von Streikdrohungen nicht vom Wege der lohnpolitischen Vernunft abbringen lassen“. Angeblich verringerten sich die Auftragsbestände, und die Produktion zeige deutliche Zeichen der Stagnation. Wörtlich heißt es in der in Bad Nauheim verabschiedeten Presseerklärung: „Die Investitionsfähigkeit und Exportkraft ist angeschlagen, aber es steht noch in unserer Kraft, die Konjunktur zu stabilisieren und die Arbeitsplätze zukunftssicher zu machen. Der Schlüssel liegt in einer vernünftigen Lohnpolitik...“

Wie sich die Unternehmer eine „vernünftige“ Lohnpolitik vorstellen, macht der 2. Vorsitzende von Gesamtmittel, Horst Knapp, deutlich, der im „Handelsblatt“ den Standpunkt der IG Metall, Lohnerhöhungen müßten auch die Kaufkraft stärken, als „nonsens“ bezeichnete und allenfalls noch gelten lassen will, daß die Preissteigerungen durch eine entsprechende Lohnerhöhung ausgeglichen werden. Das aber

ist noch keineswegs die Meinung von Gesamtmittel, wo die Auffassung vertreten wird, die gegenwärtige Inflationsrate habe bei den kommenden Lohnverhandlungen keine Bedeutung, denn sie sei bereits durch die letzte Lohnerhöhung abgegolten.

Diese lohnpolitischen Vorstellungen haben mit wirtschaftlicher Vernunft nichts, viel dagegen mit dem Profitgeiz der Unternehmer zu tun. Zur Wiedergewinnung der Geldwertstabilität bedarf es nichts anderem, als einer „vernünftigen“ Preispolitik. Und die erreicht man am besten durch die Unterbindung von Preistreibern der Industrie und des Handels zu Lasten der Verbraucher.

Nach Schätzungen der IG Metall hat die Metallindustrie 1970 durch eine drastische Preiserhöhung einen etwa gleichgroßen Gewinn wie im Rekordjahr 1969 erzielt, das heißt brutto rund 17 Milliarden DM. Und auch für 1971 kann die Investitionsfähigkeit und die Exportkraft nicht „angeschla-

Wie aus zehn Prozent null Prozent werden

Die Forderungen der IGM-Tarifkommission zur kommenden Lohnrunde in der Metallindustrie liegen mit 9 bis 11 Prozent weit unter den Forderungen der Betriebsvertrauensleute.

Tarifforderungen beziehen sich nur auf den Tariflohn und nicht auf den tatsächlichen (effektiven) Lohn. In der Metall- und Stahlindustrie liegt der Effektivlohn 20 bis 30 Prozent über dem Tarif. Eine Tarifforderung von 10 Prozent macht bei einem Tariflohn von 5,04 DM gut 50 Pfennig aus. Im Verhältnis zum effektiven Stundenlohn von 6 bis 7 DM sind das nur 7 bis 8 Prozent. Die Preiserhöhung aber liegt bereits bei 6 Prozent. Dazu kommt die erhöhte Belastung durch Lohn- und Gehaltssteuer und steigende Sozialabgaben (etwa 2 Prozent). Das ergibt die Rechnung: 8 Prozent minus 6 Prozent minus 2 Prozent gleich 0 Prozent Lohnerhöhung.

J. Meissner, Ersingen

gen“ sein, denn nach Veröffentlichungen des Statistischen Bundesamtes ist der Gesamtumsatz im Juli 1971 mit 47 Milliarden DM um 1,7 Milliarden oder 4 Prozent höher als im Vorjahr und die Außenhandelsbilanz schloß für die Zeit vom Januar bis August 1971 mit einem Exportüberschuß von 9,6 Milliarden DM gegenüber 9,2 Milliarden DM im Jahr 1970 ab.

Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang auch, daß auf der letzten Sitzung der konzertierten Aktion die Gewerkschaften von Wirtschafts- und Finanzminister Schiller sowie von der Bundesbank erfahren konnten, daß die Lohnkosten je Produktionseinheit seit Jahresbeginn nicht mehr gestiegen sind, was man allerdings von den Preisen nicht sagen kann. Während aber Minister Schiller sich wiederholt gegen die Lohnforderungen der Gewerkschaften in Szene setzte, hat er bisher beharrlich darauf verzichtet, auf die Forderung der Gewerkschaften zu reagieren, Preissteigerungen öffentlich zu registrieren und unberechtigte Preissteigerungen zu verbieten.

Auf die Presseerklärung des Spitzenverbandes der Metallunternehmer hat der Vorstand der IG Metall, wie es in einer Stellungnahme heißt, nur mit „Befremden“ reagiert, obwohl die provokativen Erklärungen der Unternehmer zweifellos zur Verschärfung der lohnpolitischen Situation in diesem Herbst beigetragen haben. Anstatt demgegenüber auf die maßvolle Haltung der IG Metall hinzuweisen und zu beteuern, daß ihre Tarifpolitik sich stets an den „wirtschaftlichen Möglichkeiten“ orientiere, wäre ein energischer Protest angemessen, nicht zuletzt wegen der Infamie des Unternehmerverbandes, die Metallarbeiter im Zusammenhang mit der Lohnbewegung mit dem Verlust ihrer Arbeitsplätze zu bedrohen und zu erpressen.

Die IG Metall will — so Otto Brenner in einem UPI-Interview — in der kommenden Tarifaussensatzung die Metallarbeiter zum Streik aufrufen, wenn die Unternehmer die Lohnforderungen nicht „weitgehend“ erfüllen. Diese Feststellung geht auf die richtige Erkenntnis zurück, daß die IG Metall ihrer Lohnforderung keinen Nachdruck verleihen kann, wenn sie „zum Arbeitskampf nicht entschlossen und in der Lage wäre“.

Die offene und versteckte Parteinahme der Bundesregierung für die lohnpolitischen Vorstellungen der Unternehmer hebt den Lohnkampf der Metallarbeiter über eine Auseinandersetzung um Mark und Pfennig hinaus. Nur bei Mobilisierung aller am Lohnkampf beteiligten Arbeiter und Angestellten für die Durchsetzung der vollen Forderung ohne Abstriche — und nicht nur für „weitgehende Erfüllung“ — wird es der IG Metall gelingen, in dieser Auseinandersetzung zu bestehen und damit das Vertrauen zu rechtfertigen, das die Metallarbeiter ihrer Gewerkschaft entgegenbringen.

H. S.

ÖTV will Tarife kündigen

Vor einer harten Tarifbewegung im öffentlichen Dienst Bonner Pläne bedeuten Minderung der Realeinkommen

Während die Lohnbewegung in der Metallindustrie noch andauert, bahnt sich bereits die nächste große Tarifauseinandersetzung an: Die Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr sowie die Deutsche Angestellten-Gewerkschaft haben erklärt, daß sie fristgerecht zum 31. Dezember 1971 die Lohn- und Gehaltstarifverträge für die rund 1,8 Millionen Arbeiter und Angestellten beim Bund, den Ländern und Gemeinden kündigen werden. Zusammen mit den Beamten, die ebenfalls zum Jahresanfang 1972 eine Besoldungserhöhung verlangen, sind es etwa 3 Millionen Beschäftigte des öffentlichen Dienstes, die in den nächsten Wochen ihre Forderungen anmelden und vertreten werden.

Die Bundesregierung versucht schon jetzt, durch zweckpessimistische Informationen die Erwartungen der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes zu dämpfen. Geradezu herausfordernd ist die Tatsache, daß während der Beratungen und Debatten um den Haushaltsentwurf 1972 aus dem Wirtschafts- und Finanzministerium verlautete, im kommenden Jahr dürften die Personalkosten aus Gründen der Stabilität nur um etwa 3 Prozent steigen. Diese Konzeption würde nicht nur auf faktischen Lohnstopp, sondern auf Minderung der Realeinkommen der Arbeiter, Angestellten und Beamten hinauslaufen. Bekanntlich wird in diesem Jahr allein schon die Steigerung der Lebensunterhaltungskosten zwischen 5 und 6 Prozent ausmachen.

Was in der Haushaltsdebatte zunächst nur angeklungen ist, hat inzwischen Eingang in die diesbezüglichen Planungen gefunden. Jedenfalls wurden für die Aufbesserung der Beamtenbesoldung nur 3 Prozent mehr veranschlagt.

Zugleich mit derartigen Lohnkürzungsabsichten lanciert die gewerkschaftsfeindliche Presse Falschmeldungen in die Öffentlichkeit, die die Arbeiter und Angestellten verwirren sollen. So behauptete z. B. die „Welt“ am 18. September 1971, die Beschäftigten im öffentlichen Dienst hätten in diesem Jahr Lohn- und Gehaltserhöhungen zwischen 18,2 und 26,6 Prozent erhalten. Dem Leser solcher astronomischen Ziffern soll die Meinung suggeriert werden, daß folglich für die bevorstehende Tarifbewegung nichts oder doch nicht viel „drin“ sei.

„Es steht schon heute fest“, versicherte in einem Gespräch mit NACHRICHTEN das Mitglied der Gewerkschaft ÖTV und des Betriebsrates der Hamburger Gaswerke, Rudi Senkpiel, „daß die kommende Tarifrunde im öffentlichen Dienst außerordentlich hart werden wird. Die Bundesregierung, die wegen der geplanten kräftigen Steigerung der Rüstungslasten Schwierigkeiten mit der finanziellen Sicherung des Etats 1972 hat, sucht ihre Probleme auf Kosten der Arbeiter, Angestellten und Beamten zu lösen, statt

durch Senkung der Rüstungskosten einen sichtbaren und praktischen Beitrag zur Entspannung zu leisten.“

Senkpiel empfiehlt seinen Gewerkschaftskollegen in der ÖTV, sich schon jetzt darauf einzustellen, daß um jedes Prozent Einkommenserhöhung für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst unter Einsatz der ganzen gewerkschaftlichen Kampfkraft gerungen werden muß. „Wenn der Bund für 1972 Ausgabesteigerungen von effektiv rund 11,5 Prozent geplant hat, und diese mit einer kräftigen Steuererhöhung hereinholt, so kann er uns nicht auf die schmale Kost der Bonner Lohnleitlinie oder gar auf Lohnstopp setzen.“

Der Betriebsrat ist der Meinung, daß in der kommenden Tarifbewegung einiges getan werden muß, um die immer stärkere Differenzierung der Löhne und Gehälter abzubauen. Dazu sei die kräftigere Anhebung der niedrigen Lohn- und Gehaltsgruppen, etwa der Ungelernten, der Handwerker und anderer Berufsgruppen, notwendig. Am besten werde das mit der Forderung nach Erhöhung der Löhne und Gehälter um einen einheitlichen Geldbetrag oder wenigstens durch Teilung der Forderungen in Geldbetrag (Sockelbetrag) und Prozentsatz erreicht. In der Tarifbewegung müßten auch solche Anliegen der Arbeiter und Angestellten im öffentlichen Dienst aufgeworfen und durchgesetzt werden wie 13. Monatseinkommen, Urlaubsgeld und 40-Stunden-Arbeitswoche.

Zweifellos sind die Forderungen der Beschäftigten bei Bund, Ländern und Gemeinden berechtigt, zumal sie in vielen Tätigkeitsbereichen hinter der Entwicklung in der Gesamtindustrie zurückgeblieben sind. Das ist beispielsweise in vielen Lohn- und Gehaltsgruppen so, zumal im öffentlichen Dienst Tarifeinkommen zugleich Effektivinkommen sind, und das gilt ebenso für die Arbeitszeit. Die Arbeiter und Beamten werden sich gemeinsam energisch dagegen wehren müssen, daß man in Bonn versucht, sie an sogenannte Lohnleitlinien zu binden und zu „Melkkühen“ falscher Etatpolitik zu machen. G. S.

Tarife für Holzarbeiter gekündigt

Die große Tarifkommission der Gewerkschaft Holz und Kunststoff hat sich in einer Sitzung Ende September mit der tarifpolitischen Situation nach der Kündigung der Tarifverträge beschäftigt. Aufgrund der wirtschaftlichen Situation war die große Tarifkommission der Meinung, daß in den kommenden Lohnverhandlungen eine Lohnerhöhung erreicht werden muß, die den Kaufkraftverlust von 6 Prozent ausgleicht und darüber hinaus die 3/4-prozentige Wachstumsrate der Wirtschaft berücksichtigen soll. Mit besonderem Nachdruck will sich die Gewerkschaft Holz und Kunststoff für den Abschluß eines in Stufen zu erreichenden 13. Monatseinkommens für die Holzarbeiter einsetzen.

Nur 7 Prozent in der Papierverarbeitung

Rückwirkend zum 1. September trat für die Beschäftigten der papier-, pappen-, zellstoff- und holzstofferzeugenden Industrie Niedersachsens, Schleswig-Holsteins und Hamburgs ein neuer Lohn- und Gehaltstarifvertrag in Kraft. Die Einigung darüber zwischen der IG Chemie-Papier-Keramik und den zuständigen Unternehmerverbänden kam am 1. Oktober zustande. Die Gehälter sollen um 7 und die Löhne um 7 bis 7,8 Prozent erhöht werden. Die Ausbildungsvergütungen werden um 30 bis 47 DM monatlich angehoben. Damit hat sich die IG Chemie, wie schon vorher bei der Tarifbewegung in der chemischen Industrie, strikt an die Lohnleitlinien der konzertierten Aktion gehalten und einmal mehr die faktische Wirkung dieser staatlichen Einrichtung auf das „freiwillige“ Verhalten von Gewerkschaften bestätigt.

Tarifbewegung der Landarbeitergewerkschaft

Der Hauptvorstand der Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft (GGLF) hat in seiner Sitzung am 20. und 21. September 1971 in Kassel seinen Landesbezirken empfohlen, die Mantel- und Lohntarifverträge für die rund 150 000 Landarbeiter und Melker sowie die Lohntarifverträge und Arbeitszeitvereinbarungen für rund 45 000 Waldarbeiter des Bundes, der Länder und Gemeinden zum 31. Dezember 1971 zu kündigen. Über die Höhe der Forderungen wollen die zuständigen Gremien nach Abschluß des 9. Gewerkschaftstages der GGLF beraten, der vom 10. bis 13. Oktober 1971 in Bad Harzburg stattfindet. Mit der Tarifsituation in weiteren von der GGLF betreuten Branchen will sich der Hauptvorstand der Gewerkschaft voraussichtlich im November beschäftigen.

Bruch mit einem Tabu

IG Druck und Papier formuliert ihr Verhältnis zu Kommunisten 9. Gewerkschaftstag Ende Oktober in Nürnberg

Im Geschäftsbericht des Hauptvorstandes der IG Druck und Papier zum 9. ordentlichen Gewerkschaftstag vom 24. bis 30. Oktober in Nürnberg wird mit einem Tabu gebrochen. Zum erstenmal nach langen Jahren stellt ein Gewerkschaftsvorstand die Frage nach den Beziehungen zu den Kommunisten in der Bundesrepublik und zu ihrer Partei, der DKP.

Wörtlich: "... es hilft nicht, den Kopf in den Sand zu stecken. Tatsächlich gibt es Beziehungen, und zwar in den Betrieben, wo die Kommunisten durchweg die aktivsten, reaktionsschnellsten Gruppen aufgebaut haben. Sie sind gleichberechtigte Gewerkschaftsmitglieder minderen Rechts zu behandeln. Sichter Sicht keinen Grund, sie als Mitglieder minderen Rechts zu behandeln. Selbst wenn es den gäbe: Gewerkschaften haben nicht zweierlei Mitglieder. Sie sind Organisationen zur solidarischen Vertretung gemeinsamer Arbeitnehmerinteressen, angetreten zur Verbesserung der sozialen Verhältnisse."

Umfang und Grad der Zusammenarbeit mit allen Parteien in der Bundesrepublik, so wird im Geschäftsbericht der IG Druck und Papier festgestellt, müsse geregelt und bestimmt werden nach der Bereitschaft der Parteien, mit dem DGB und seinen Gewerkschaften „für Sicherung der freiheitlich demokratischen Grundordnung unseres Landes und für die Errichtung des sozialen Rechtsstaates einzutreten."

Bemerkenswert an dieser Formulierung ist, daß der soziale Rechtsstaat hier nicht als gegeben, sondern als Zielstellung des gewerkschaftlichen Kampfes angezeigt ist. Gerade dies war auf dem letzten außerordentlichen DGB-Kongreß in Düsseldorf bei der Neufassung der Satzung einer der entscheidenden Streitpunkte.

Aus dem Antragskatalog zum Gewerkschaftstag der IG Druck und Papier in Nürnberg, den wir bereits in unserer letzten Ausgabe teilweise gewürdigt haben, geht eindeutig hervor, daß die Mitglieder eine noch stärkere Profilierung ihrer Gewerkschaften als Kampforganisation anstreben. Das widerspiegelt sich in der Forderung nach dem Austritt aus der konzertierten Aktion ebenso wie in der Forderung nach Senkung der Rüstuingsausgaben um 10 Milliarden DM, in der Forderung nach aktiver Lohnpolitik genauso wie in der Forderung nach Ratifizierung der Verträge von Moskau und Warschau.

Es sollte allerdings darauf geachtet werden, daß man sich bei der Neufassung der Satzung nicht selbst Pflöcke setzt, die bei zukünftigen Auseinandersetzungen hemmend wirken könnten. So schlägt der Haupt-

vorstand im Antrag 50 vor, daß Kampfmaßnahmen zukünftig nur vom Erweiterten Vorstand beschlossen werden können. Das hört sich auf Anhieb wie eine Demokratisierung an, könnte aber praktisch zu einer Bremse werden. Es wird nicht in jedem Falle möglich sein, bei spontanen Auseinandersetzungen in Betrieben erst den Erweiterten Vorstand einzuberufen, um die gewerkschaftliche Unterstützung zu sichern. Hier sollte deshalb die Verantwortung des Hauptvorstandes in der alten Form unbedingt erhalten bleiben.

Ein weites Feld wird auf dem Gewerkschaftstag in Nürnberg die Aus-

einandersetzung um die Tarifpolitik sein. Hier kommt es nach den zwei vorangegangenen Gewerkschaftstagen in Koblenz darauf an, zu konkreten Festlegungen zu kommen. Hauptzielsetzung wird es sein:

das Tarifgefälle sowohl in der grafischen als auch in der papierverarbeitenden Industrie zu beseitigen;

die Schere zwischen den Tarifgruppen nicht weiter auseinanderklaffen zu lassen;

durch Vorweganhebungen den über-tariflichen Lohn als Spielwiese der Unternehmer weitestgehend einzuzengen und

ein Höchstmaß an Solidarität für kommende Lohnkämpfe zu sichern.

Sollte der Entwurf eines Lohntarifvertrages für die Druckindustrie auf diesem Gewerkschaftstag trotz vieler Bedenken in der Organisation zum Zuge kommen, dann muß sichergestellt sein, daß die Mitbestimmungsfunktion der Gewerkschaft und der Betriebsräte als unverzichtbare Voraussetzung bei den kommenden Verhandlungen erklärt wird. p. b.

Post'ler wollen mitbestimmen

10. Kongreß der Deutschen Postgewerkschaft

Vom 4. bis 9. Oktober veranstaltete die Deutsche Postgewerkschaft (DPG) in Wiesbaden ihren 10. ordentlichen Kongreß. Im Mittelpunkt der Beratungen der 364 Delegierten standen Probleme der Mitbestimmung, der Verbesserung von Löhnen und Gehältern sowie der arbeitsmäßigen Bedingungen der Arbeiter, Angestellten und Beamten im Postdienst.

Zu Beginn des Kongresses protestierte eine große Anzahl von Postbediensteten aus Wiesbaden vor der Rhein-Main-Halle mit zahlreichen Transparenten gegen die sozialen Mißstände bei der Bundespost. „Wir brauchen keine Titel, sondern mehr Mittel“, „Georg Leber, Techniker sind bei der Post die Weber“, war unter anderem auf den Transparenten zu lesen. Als Bundesverkehrsminister Georg Leber die Kongreßhalle betrat, wurde er von den demonstrierenden Postgewerkschaftlern mit Buh-Rufen empfangen.

In seiner Begrüßungsrede hat dann Leber — wenn auch nicht so offen wie beim letzten außerordentlichen Kongreß der DPG in Kassel — die geforderte paritätische Mitbestimmung bei der geplanten Unternehmensverfassung der Bundespost erneut abgelehnt. Dafür bot er für den neu zu bildenden Verwaltungsrat eine Zusammensetzung von 4:4:2 an. Danach blie-

ben, wie bisher, die Vertreter des Personals bei der Post gegenüber Vertretern des Staates und der Unternehmer in der Minderheit.

Während der bisherige DPG-Vorsitzende, Karl Stenger, die Bezeichnung „paritätisch“ im mündlich vorgelegten Geschäftsbericht im Zusammenhang mit der Mitbestimmungsforderung wegließ, obwohl es im Redemanuskript stand, forderte der DGB-Vorsitzende, Heinz Oskar Vetter, die Delegierten auf, „gegen den Widerstand staatlicher Interessen die paritätische Mitbestimmung“ durchzusetzen.

In der weiteren Diskussion zum Geschäftsbericht wurde immer wieder gefordert, die sozialen Leistungen zu verbessern. Einen breiten Raum nahm die Forderung ein, die Samstagstellung von Postsachen abzuschaffen. Die Delegierten verlangten, auch bei der Bundespost die Arbeitszeit von bisher 42 auf 40 Stunden zu verringern und auch in diesem Wirtschaftsbereich eine echte Fünftagewoche einzuführen.

Da der Kongreß bei Redaktionsschluß noch andauerte, werden NACHRICHTEN eine Gesamtinformation über diesen Kongreß in der November-Ausgabe veröffentlichen. W. P..

Drängen auf Fortschritt

DGB-Jugend formuliert ihre Forderungen 8. Bundesjugendkonferenz in Dortmund

Das Jahr 1971 ist vom DGB zum „Jahr des jungen Arbeitnehmers“ erklärt worden. Höhepunkt dieses Jahres wird die Bundesjugendkonferenz des DGB sein, die am 18. und 19. November 1971 in Dortmund stattfindet. Welche Ergebnisse sind von dieser Bundesjugendkonferenz zu erwarten?

Ein wesentlicher Punkt der Tagesordnung ist die Beratung über die „Jugendpolitischen Forderungen der Gewerkschaftsjugend“. Der erste Teil dieser Forderungen war bereits im Januar veröffentlicht worden, der zweite Teil folgte im Juli. Seit der Veröffentlichung werden die Forderungen überall in den Gewerkschaften diskutiert.

Dieser Entwurf müßte auf der Bundesjugendkonferenz noch wichtige Verbesserungen erfahren, damit die „Jugendpolitischen Forderungen“ der arbeitenden Jugend wirklich als Programm für die Durchsetzung ihrer Interessen dienen können. Im Vergleich zu den bisherigen Forderungen des DGB sind diese Forderungen sicherlich als Fortschritt zu werten: Das bestehende System wird ganz klar als „kapitalistische Gesellschaft“ bezeichnet, die „Klassenstruktur der Gesellschaft“ wird angesprochen, allgemeine und berufliche Bildung soll zum „politischen Engagement“ befähigen, den Jugendlichen sollen „politökonomische Zusammenhänge“ vermittelt werden. Die Machtposition der Unternehmer bei der beruflichen Bildung wird gekennzeichnet und festgestellt, daß die Unternehmer sich „durch staatliche Eingriffe ihre Gewinne garantieren lassen“.

Trotzdem hat das Papier empfindliche Schwächen. Die Analyse der Machtverhältnisse bleibt oberflächlich, der Angriff richtet sich nicht gegen den Hauptgegner, die Monopole. Einzelne Forderungen sind behaftet mit Illusionen oder sind ungenügend. Und was noch gefährlicher ist: auf Grund des „technokratischen“ Charakters mancher Vorschläge (besonders bei den Forderungen zur Reform des Bildungswesens) wird es den Monopolen sicherlich nicht schwerfallen, solche Vorstellungen aufzugreifen und mit veränderten Inhalten in ihr Gegenteil zu verwandeln — zum Schaden sicherlich der gesamten Arbeiterjugend.

Um die Forderungen durchzusetzen, die in diesem Jahr von der arbeitenden Jugend auf allen Ebenen der Gewerkschaftsjugend diskutiert und gestellt wurden, bedarf es letztlich der Veränderung der bestehenden Herrschaftsstrukturen. Der Kampf um Reformen ist notwendig. Doch darf das Endziel, die Überwindung der alten Besitz- und Machtverhältnisse, nicht aus den Augen verloren werden.

Ein anderer wichtiger Punkt der Bundesjugendkonferenz wird die Antragsberatung sein. Nach den vorhergegangenen Bundesjugendkonferenzen der Einzelgewerkschaften und den DGB-Landesbezirksjugendkonferenzen werden sehr viele Anträge zu gewerkschaftlichen und politischen Fragen zur Debatte stehen, die durchaus von Klassenpositionen ausgehen. Politische Fragen werden auf allen Ebenen der Gewerkschaftsjugend viel profilierter angegangen als in der Vergangenheit.

So stehen in Dortmund Anträge zur sofortigen Ratifizierung der Verträge

von Moskau und Warschau, zur Einberufung einer europäischen Sicherheitskonferenz, zur völkerrechtlichen Anerkennung der DDR, zum Verbot der NPD und aller anderen neofaschistischen Gruppierungen, zum Ausschluß der Deutschen Jugend des Ostens aus allen Jugendringen, zur Verurteilung der US-amerikanischen Aggression in Indochina und zum sofortigen Abzug ihrer Aggressionstruppen, zur sofortigen Freilassung von Angela Davis, zur Unterstützung von „Soldat 70“, um nur einige zu nennen, zur Beratung und Beschlußfassung an.

Werden diese Anträge auf der Bundesjugendkonferenz angenommen, bedeutete das eine weitere Profilierung der Gewerkschaftsjugend. Das wäre ein wichtiger Beitrag, den Einfluß unter der arbeitenden Jugend noch mehr zu erhöhen. Die Gewerkschaftsjugend muß „am Ball“ sein. Sie ist auf einem guten Weg dazu. Die Bundesjugendkonferenz wird die Entscheidung darüber treffen müssen, ob das auch zukünftig so bleibt. Und davon hängt auch ab, ob das „Jahr des jungen Arbeitnehmers“ ein Erfolg wird.

Wolfgang Bartels

Kongreß der Textilarbeiter

Große Sorge um die Erhaltung der Arbeitsplätze Delegierte beraten Programme für Frauen und Angestellte

In Anwesenheit von 209 Delegierten und 250 Gästen, darunter elf ausländische Gewerkschaftsdelegationen, wurde am 4. Oktober 1971, bei Redaktionsschluß dieser Zeitung, in der Dortmunder Westfalenhalle der 11. ordentliche Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Textil-Bekleidung eröffnet. Das Motto der Konferenz: „Die Zukunft gestalten“ läßt darauf schließen, daß die Textil- und Bekleidungsarbeiter durch mehr Mitbestimmung ihre Existenz sichern und ihre Lage verbessern wollen.

Mit diesen wichtigen Fragen beschäftigen sich die rund 60 Anträge jedoch kaum. Dagegen haben die anwesenden Politiker Wehner und Arendt sowie andere Parteivertreter der sozialliberalen Koalition ihren Standpunkt zur Mitbestimmung und zum Betriebsverfassungsgesetz wiederholt. Und es ist bekannt, daß bei Beibehaltung dieses Standpunktes für die Arbeiter nicht viel zu erwarten ist.

Dringendes Anliegen der Textil- und Bekleidungsarbeiter ist die Sicherung der Arbeitsplätze, besonders in den traditionellen Textilgebieten. In seiner Einleitungsrede wies der Vorsitzende der Gewerkschaft, Karl Buschmann, darauf hin, daß in der Bundesrepublik die gesellschaftspolitische, soziale

und kulturelle Entwicklung nicht mit den rasanten Veränderungen in Wirtschaft und Technik Schritt halten konnte. Die Folgen seien erhöhte Spannungen und verstärkte Auseinandersetzungen in allen Bereichen unserer Gesellschaft. Bezüglich der Haltung der Unternehmer, die den Arbeitnehmern einen gerechten Anteil am Sozialprodukt vorenthalten, ist Buschmann der Meinung, daß „neue Formen einer sachlichen Auseinandersetzung gesucht und gefunden werden“ müssen. Vorstellungen dazu entwickelte er nicht.

Peter Michels vom DGB-Landesbezirk Nordrhein-Westfalen, übte Kritik an Wirtschaft und Regierung, die jahrelang versäumt hätten, bei Strukturveränderungen durch Ansiedlung neuer Industrien rechtzeitig neue Arbeitsplätze zu schaffen. Allein im linksrheinischen Textilgebiet müßten in jüngster Zeit 94 Betriebe mit 17 000 Beschäftigten schließen.

Unter den eingereichten Anträgen, die vielfach Satzungs-, Organisations- und Tariffragen behandeln, sind zwei Programmwürfe der Personengruppen Frauen und Angestellte mit Vorschlägen für die zukünftige Arbeit in diesen Bereichen bemerkenswert. NACHRICHTEN werden in November-Heft ausführlich über diesen Gewerkschaftstag berichten.

J. Sbosny

Protest in Limburg

Junge Gewerkschafter demonstrieren gegen Polizeiaktion Beschlagnahme eines Flugblatts gegen Ausbeutung

Mit einer machtvollen Demonstration durch die Straßen der Bischofsstadt Limburg antworteten rund 1000 Lehrlinge und junge Gewerkschafter aus der näheren und weiteren Umgebung auf die polizeiliche Durchsuchung des Limburger Gewerkschaftshauses Ende September. Dabei war ein Flugblatt des Lehrlingszentrums beschlagnahmt worden, das die Lehrlingschinderel durch den Kfz.-Mechanikermeister Jaster bloßstellte.

Die Beschlagnahmeverfügung war ergangen, nachdem der DGB gegen Jaster Anzeige wegen Körperverletzung gestellt und die Entziehung der Lehrbefugnis beantragt hatte. Die Polizeiaktion gegen das Gewerkschaftshaus hatte einen Proteststurm und eine Flut von Solidaritätserklärungen mit dem Limburger DGB und seinem Lehrlingszentrum ausgelöst.

Die Demonstration, die in einer Kundgebung auf dem Marktplatz endete, stand nicht nur im Zeichen der Forderung nach einem modernen Berufsausbildungsgesetz. Die teilnehmenden Gruppen, darunter DGB, Jungsozialisten, SDAJ, DKP und CAJ, brachten in Sprechchören und auf ihren Transparenten auch ihre Entschlossenheit zum Ausdruck, gemeinsam eine Wiederholung des 2. Mai 1933 zu verhindern. An der Spitze der Demonstration wurden zwei große Transparente getragen mit der Aufschrift: „Wer uns angreift, greift den DGB an — Wer den DGB angreift, greift uns an!“

Manfred Kiesewetter, DGB-Landesjugendsekretär in Hessen, erklärte auf der Schlußkundgebung: „Jaster ist kein Einzelfall. Jaster ist die Spitze eines Eisbergs. Wir haben in Hessen Umfrageaktionen in vielen Städten gemacht. Die Ausbeutungstaktik ist nicht mehr zu überbieten.“

■ 20 bis 30 Prozent der Lehrlinge geben an, keinen Ausbilder im Betrieb zu haben.

■ Zwischen 50 und 60 Prozent der Lehrlinge besitzen keinen Ausbildungsplan.

■ 50 bis 70 Prozent der Lehrlinge kennen weder Lehrwerkstatt, Lehr-ecke noch Lehrbüro.

■ Die Zahl derjenigen Lehrlinge, die mit ausbildungsfremden Arbeiten beschäftigt werden, d. h. Autowaschen, kehren, putzen usw., liegt bei 50 bis 60 Prozent.

Genug der Zahlen, sie unterscheiden sich durch nichts in anderen Bundes-

ländern. Kein Wunder, daß der Unternehmerverband mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln gegen diese Befragung in Hessen vorgehen wollte. Es ist sehr wohl bekannt, daß das Berufsausbildungsgesetz und das Jugendarbeitsschutzgesetz kaum beachtet werden, und daß die Unternehmer dies fast ungestraft tun dürfen.

Auch in Hessen hat die überwiegende Zahl der Berufsschüler weniger als 6 Stunden Unterricht in der Woche, von 8 bis 12 Stunden sind wir noch weit entfernt. Auch in Hessen ist der Lehrermangel an den Berufsschulen noch erheblich. Auch in Hessen müssen die Berufsschulen mit Lehr- und Lernmaterial erheblich besser ausgestattet werden.“

Kiesewetter kündigte, falls nicht bald Maßnahmen hiergegen ergriffen werden, eine Demonstration vor der Landesregierung in Wiesbaden an. Unter starkem Beifall schloß er: „Manche von euch sagen, die gesellschaftlichen Verhältnisse sind so. Aber gesellschaftliche Verhältnisse sind veränderbar. Wir müssen es wollen.“

F. S.

Stahlarbeiter demonstrieren gegen Stilllegungspläne

Nahezu 5000 Beschäftigte der zum Klöckner-Konzern gehörenden Hasperhütte und des Zweigwerkes Eckesey der Edelstahlwerke Süd-Westfalen demonstrierten am 4. Oktober in der Innenstadt von Hagen gegen die befürchtete Stilllegung der beiden Stahlwerke im Raum Hagen. Die Konzernleitungen weigern sich seit geraumer Zeit, eine Garantie für die Weiterführung der Werke abzugeben bzw. ihre Pläne für die Zukunft offenzulegen. Bei Klöckner werden bereits Entlassungen in monatlichen 49er-Quoten vorgenommen.

In einer Resolution haben die protestierenden Stahlarbeiter eine Garantieerklärung darüber verlangt, daß die Arbeitsplätze der Hagener Stahlindustrie erhalten bleiben. Sollte diese Erklärung ausbleiben, so heißt es in der Resolution, „erwarten wir von der Landesregierung, daß sie entsprechend dem Verfassungsauftrag nach Artikel 24 und 27 der Landesverfassung handelt und die Betriebe in Gemeineigentum überführt. Das entspricht auch dem Grundsatzprogramm des DGB.“

Dauerkrise

Ohne Erfolg trennten sich nach endlosen Debatten am 26. September, dem Vorabend der Tagung des Internationalen Währungsfonds (IWF) die Finanzminister und Notenbankpräsidenten der zehn führenden kapitalistischen Industriestaaten. Schon auf der Londoner Konferenz hatten sie versucht, die Wirtschafts- und Währungs-krise, ausgelöst durch die Finanz- und Währungsmaßnahmen der USA, in den Griff zu bekommen. Die Hoffnung auf eine Annäherung der Standpunkte zwischen den USA und den übrigen neun Mitgliedern war vergeblich. US-Präsident Nixon bekräftigte noch am gleichen Tag seine Absicht, den 121 Mitgliedern des IWF eine Lösung nach amerikanischen Vorstellungen, und das heißt, die Behebung der Dollarkrise auf Kosten der übrigen Welt, aufzuzwingen.

Die Forderung des Direktors des Internationalen Währungsfonds, Schweizer, den Dollar abzuwerten als Voraussetzung zum Aufbau eines neuen Währungssystems, war schon vorher von US-Finanzminister Conally abgelehnt worden, der kategorisch erklärt hatte, die USA würden von ihrer jetzigen Währungspolitik nicht abgehen, und auch die 10prozentige Importabgabe bleibe noch lange bestehen.

Die Bundesregierung hat noch in den letzten Tagen für rund 400 Millionen DM Dollars aufgekauft, um den immer schwächer werdenden Dollarkurs zu stützen. Damit liegen in der Bundesrepublik für rund 12 Milliarden DM Papierdollars. Jeder weitere Kursrückgang des kriegsranken Dollar um auch nur einen Pfennig bedeutet den Verlust von 120 Millionen DM. Die US-Regierung verlangt von der Bundesrepublik, das ist ihre Vorstellung von der Lösung der Dollarkrise, die Mark um 15 Prozent aufzuwerten. Diese Forderung wurde energisch gegenüber einer SPD-Parlamentsdelegation erhoben. Die 15prozentige Aufwertung der Mark verschlechtert aber die Exportsituation auf dem US-Markt und gegenüber den Ländern, mit denen Exportgeschäfte auf Dollarbasis abgewickelt werden.

Die Währungskrise offenbart die tiefen Gegensätze zwischen den kapitalistischen Ländern. Die USA verlangen rücksichtslos die Rettung des Dollars auf Kosten der westlichen Industriestaaten, und das bedeutet u. a. die Mitfinanzierung des schmutzigen Krieges in Vietnam und die Unterstützung der aggressiven US-Außenpolitik. Mit Recht wird das von den betroffenen Ländern abgelehnt. Das Verhalten der USA zu den Ländern, die zu einem großen Teil zu ihren Verbündeten zählen, zeigt aber auch die Fragwürdigkeit der viel gelobten „atlantischen Solidarität“.

Kein Reform-Etat

Der Bundeshaushalt 1972 ist unsozialer denn je Übergroße Steigerung der Ausgaben für Rüstung

Als die von der SPD geführte Bundesregierung den Staatshaushalt 1970 und dann für 1971 präsentierte, konnte man angesichts der unsozialen Gestaltung vielleicht noch entschuldigend berücksichtigen, daß eine Umstellung der von CDU/CSU gesetzten und vorrangig auf die Interessen der Konzerne ausgerichteten finanzpolitischen Prioritäten von heute auf morgen nicht leicht möglich ist. Nach zweijähriger Regierungszeit aber sollte man die versprochene Prioritätenänderung vollzogen haben.

Tatsächlich bringt der Etatentwurf für 1972 trotz wachsender Entspannung in Europa die bislang höchste Steigerungsrate für Rüstung, während der Zuwachs für die Reformfinanzierung tief unter die Vorjahrsquote fällt. Damit zeigt sich erneut eine wachsende Kluft zwischen dem „Regierungsprogramm in Worten“ und dem „Regierungsprogramm in Zahlen“. Von Preisstabilität, steuerlicher Entlastung der Kleinverdiener und sozialer Gerechtigkeit findet man keine Spur. Die von der CDU/CSU gesetzten grundgesetzwidrigen Prioritäten werden nicht progressiv verändert, sondern verfestigt.

Die drei Etattitel der direkten Rüstungslasten EPl. 14, 35 und 36 steigen von 22,97 Mrd. DM auf 25,45 Mrd. DM. Eine weitere Milliarde ist im Eventualhaushalt eingesetzt. Ferner wurde von dieser Regierung erstmals — im Widerspruch zur alten SPD-Forderung nach einem Etat der „Wahrheit und Klarheit“ — eine knappe Milliarde direkter Rüstungsausgaben (Phantom-Projekt, zusätzlicher NATO-Beitrag usw.) sachfremd in der „Allgemeinen Finanzverwaltung“ versteckt.

Offiziell wird die Steigerung der inflationstreibenden Rüstungslasten mit 11 Prozent angegeben. Tatsächlich handelt es sich um 18 Prozent. Hinzu-rechnen sind noch Stationierungskosten — ein verschleierter Beitrag zur US-Aggression in Vietnam! — und indirekte Rüstungslasten wie Grenzschutz, Zivilschutz, Wehrbeauftragter, Offizierspensionen usw. Nach wie vor sind die Kosten für die aufgeblähte Militärmaschinerie mit Abstand die größten im Haushalt: ein untrügerisches Kennzeichen für den wirklichen Charakter der BRD.

Helmut Schmidt besorgt das Geschäft der Rüstungskonzerne und des militärisch-industriellen Komplexes besser als **Franz Josef Strauß** unter einem CDU-Kanzler. Wie das rasche Wachstum der Militärausgaben mit **Willy Brandts** Verständigungspolitik mit den sozialistischen Ländern in Einklang zu bringen ist, hat die Regierung noch zu erklären.

Mit der für die große Aufgabe zu geringen Steigerung des Etattitels für Bildung und Wissenschaft von 4 Mrd. DM 1971 auf 5,2 Mrd. DM 1972 ist der

vom Bundeskanzler gesetzte „Vorrang für Bildung und Wissenschaft“ in der Praxis widerlegt. Die von Minister **Leussink** und den Bildungsplanern geforderte, für den weiteren Hochschulbau wichtige Planungsreserve wurde nicht nur für 1972, sondern prinzipiell gestrichen. Wirtschafts- und Finanzminister **Schiller** stellte sich damit eindeutig auf die Seite der Rüstungskonzerne und gegen jede wohlfundierte Bildungsreform. Auch der sozial vordringliche Etattitel für Städtebau und Wohnungswesen wächst nur von 2,6 Mrd. DM 1971 auf 3,4 Mrd. DM 1972. Ein Tropfen auf den heißen Stein.

Zwar wird der Etat des Verkehrsministeriums von 11,6 auf 14,5 Milliarden DM gesteigert, aber die bisherigen Fehlplanungen **Lebers** lassen keine Hoffnung zu, daß damit die Verkehrsmisere in den Ballungsräumen behoben wird. Der mit Vorrang geförderte Ausbau des Autobahnnetzes läßt vielmehr den Verdacht aufkommen, daß auch hier militärpolitische Gesichtspunkte eine Rolle spielen. Weiter hat man den Eindruck, daß das Durchschnittsvermögen der jeweiligen Minister sowie der hinter ihnen stehenden Wirtschaftsmächte die Steigerungsraten ihres Etats bestimmen, nicht aber die sachlichen Notwendigkeiten.

Der wichtige Etattitel für Arbeit und Soziales bleibt mit einer Vergröße-

Land- und Forstarbeiter beraten in Bad Harzburg

Am 9. Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft nehmen 140 Delegierte teil, von denen 95 stimmberechtigt sind. Der Kongreß tagt, während diese Ausgabe der NACHRICHTEN gedruckt wird, vom 10. bis 13. Oktober in Bad Harzburg. Auf dem Gewerkschaftstag wird der DGB-Vorsitzende **Heinz O. Vetter** ein Referat zum Thema: „Die Gewerkschaften als Träger gesellschaftlicher Reformen“ halten. NACHRICHTEN werden in der November-Ausgabe über den GGLF-Gewerkschaftstag berichten.

von 9,5 Prozent weit hinter der ursprünglich in der mittelfristigen Finanzplanung von 1970 vorgesehenen Zahl zurück. Insgesamt wird das Sozialstaatsprinzip nach Artikel 20 des Grundgesetzes — wie bisher — verletzt. Die versprochene Reformfinanzierung und damit Reformverwirklichung rückt in weite Ferne. **Brandt** hatte bereits vorbeugend erklärt, daß die in seiner ersten Regierungserklärung für die laufende Legislaturperiode versprochenen Reformen die Sache einer Generation, also von etwa 20 bis 25 Jahren seien. Ob das der Wähler akzeptiert, ist eine andere Sache.

Die angeblich konjunkturneutrale Zunahme des Bundeshaushalts 1972 um 8,5 Prozent gegenüber dem Vorjahr ist selbst von SPD-freundlichen Zeitungen bereits als das entlarvt worden, was sie ist: ein (un-)moralischer Druck auf DGB und Arbeitnehmer, diese „Orientierungsmarke“ bei den Lohnforderungen nicht zu überschreiten. Tatsächlich wächst der Bundeshaushalt um mehr als 14 Prozent bei einer voraussichtlichen Zunahme des realen Bruttosozialprodukts von weniger als 40 Prozent und einer Preissteigerungsrate von mehr als 5 Prozent.

Die wachsende Kreditfinanzierung bei Bundesausgaben, sprich Staatsverschuldung, ist nichts anderes als „aufgestaute“ Inflation, die von der nach uns kommenden Generation zu begleichen ist, wenn nicht vorher schon — wie bei der Währungsreform 1948 — der Staatsbürger zur Kasse gebeten wird. Diese Verschuldung ist ursächliche Folge des parasitären Rüstungsaufwandes.

So unsozial, wie die Ausgabenseite des Bundesetats, ist die Einnahmeseite. Obwohl der Anteil der Lohnsteuer am Gesamtsteueraufkommen wächst und die Steuern der Superreichen trotz weiterem Vermögenszuwachs prozentual und absolut abnehmen, wurden „Einnahmeverbesserungen“ von über 4 Mrd. DM zu Lasten der Arbeitnehmer eingesetzt: die erhöhten Mineralöl-, Tabak- und Alkoholsteuern. Von Unternehmerseite ist längst angekündigt, daß diese Steuern voll auf die Verbraucher abgewälzt werden.

Der unsoziale Haushaltsentwurf für 1972, der von der SPD/FDP-Koalition im Deutschen Bundestag zweifellos akzeptiert werden dürfte, wirft erneut die Frage auf, was eine SPD-Regierung im Spätkapitalismus erreichen kann, wenn sie nicht auf eine Systemüberwindung hinarbeitet. Mit systemkonformer Finanzpolitik, wie sie hier praktiziert wird, muß der Anteil der Arbeitnehmer am wachsenden gesellschaftlichen Reichtum trotz verbessertem Lebensstandard schrumpfen, während der Anteil der Konzerne — und damit ihre machtpolitischen Möglichkeiten — weiter wächst. Diese Haushaltspraxis bleibt selbst hinter dem wahrlich nicht progressiven Godesberger Programm zurück.

Vom Bundestag kein besseres BetrVG zu erwarten Gewerkschaften üben weiterhin Kritik am Bonner Entwurf

Die Beschlüsse, die vom Bundestagsausschuß für Arbeit und Sozialordnung mit der Stimmenmehrheit der Koalitionsparteien SPD und FDP zum Gesetzentwurf über die Novellierung des Betriebsverfassungsgesetzes (BetrVG) gefaßt wurden, lassen keinen Zweifel daran, daß ein neues BetrVG keineswegs ein besseres BetrVG bedeutet. Die Forderungen der Gewerkschaften nach mehr Mitbestimmung für den Betriebsrat sind in dem Gesetzentwurf der Bundesregierung auch nicht im entferntesten berücksichtigt. Im Gegenteil: In entscheidenden Fragen bleiben die Texte gegenüber den bestehenden Formulierungen sogar noch zurück.

Das trifft beispielsweise auf die Wahrung der Rechte der Gewerkschaften im Gesetz gestellten Aufgaben und Befugnisse zu. Zwar ist die in einem ersten Entwurf aufgenommene Bestimmung, daß Gewerkschaftsvertreter, die zur Unterstützung des Betriebsrates auf dessen Wunsch den Betrieb aufsuchen wollen, um die Zustimmung des Unternehmers nachsuchen müssen, gestrichen worden; aber nicht, um wenigstens den bisherigen Zustand beizubehalten, nach dem ein Gewerkschaftsbeauftragter ohne Behinderung den Betrieb betreten konnte, sondern um sie durch einen Text zu ersetzen, wonach der Gewerkschaftsvertreter den Betrieb nur betreten darf „nach Unterrichtung des Arbeitgebers oder seines Vertreters“, soweit dem Besuch nicht sachlich-technische Erfordernisse entgegenstehen. Diese „sachlich-technischen“ Erfordernisse sind vom Unternehmer sehr leicht zu konstruieren. Zweifellos wäre diese Bestimmung ein weiterer Schritt, die Gewerkschaften vom Betriebsrat und vom Betriebsgeschehen zu trennen.

Beibehalten werden auch die Einschränkungen hinsichtlich der politischen Betätigung der Arbeiter und Angestellten im Betrieb, wie sie im ersten Entwurf formuliert waren. Zwar ist auch hier die Fassung, wonach politische Betätigung im Betrieb grundsätzlich verboten werden sollte, modifiziert — es heißt nun „partei-politische Betätigung. Aber das ist nur ein vordergründiger Unterschied. Politische Tätigkeit ist in einer parlamentarischen Demokratie, als die sich die Bundesrepublik verstanden wissen will, Parteipolitik. Wer außerdem die betriebliche Praxis der Unternehmer kennt, kann nicht daran zweifeln, daß den Unternehmern mit dieser Formulierung alle Möglichkeiten geboten werden, politische Meinungen im Betrieb zu unterdrücken.

In Wirklichkeit verstärkt der Entwurf den gewerkschaftsfeindlichen Charakter des BetrVG und kommt vor allem dem „Herr-im-Hause“-Standpunkt entgegen. An dem Zustand, daß in der Bundesrepublik die Demokratie vor dem Fabrikator endet, wird sich nichts ändern, wenn diese Novelle zum BetrVG vom Bundestag angenommen wird.

Der DGB-Bundesvorstand hat in einer offiziellen Entschließung den Regierungsentwurf stark kritisiert. Er fordert die Bundestagsabgeordneten auf, bei der Novellierung des BetrVG die Forderungen der Gewerkschaften zu berücksichtigen. So u. a. die Forderung nach ungehindertem Zugang der Gewerkschaften zum Betrieb; nach Einbeziehung leitender Angestellter in die Schutzfunktionen der betrieblichen Mitbestimmung. Die auf den Ausgleich von sozialen Nachteilen bei Betriebsänderungen ausgerichtete Mitbestimmung des Betriebsrates soll auf keinen Fall eingeschränkt werden. Die Arbeiter und Angestellten in den sogenannten Tendenzbetrieben sind den übrigen Arbeitnehmern gleichzustellen.

So richtig es ist, die Abgeordneten des Bundestages noch einmal auf die gewerkschaftlichen Vorstellungen hinzuweisen, notwendiger ist freilich, die Verwirklichung der Gewerkschaftsforderungen zum BetrVG nicht allein von dem Großmut der Bundestagsabgeordneten zu erwarten, sondern durch gewerkschaftliche Aktionen den Gesetzgeber zu zwingen, ein fortschrittliches BetrVG zu beschließen, das Ausgangspunkt der Demokratisierung der Wirtschaft sein sollte. Viel Zeit bleibt den Gewerkschaften für ihre Aktionen nicht mehr. sr

Positive Mitgliederentwicklung der Gewerkschaft HBV

Die Zahl der in der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (HBV) organisierten Mitglieder ist im ersten Halbjahr 1971, wie die Gewerkschaft jetzt mitteilte, um 8971 auf 166 642 gestiegen. Die bereits seit einigen Jahren positiv verlaufende Mitgliederentwicklung dieser DGB-Gewerkschaft hat sich somit auch 1971 fortgesetzt. Der HBV-Hauptvorstand hat alle Mitglieder aufgefordert, in den kommenden Monaten die Werbebemühungen noch zu intensivieren, um 1971 möglicherweise das beste Werbergebnis seit Bestehen dieser DGB-Gewerkschaft zu erreichen.

Mehr als 600 Teilnehmer, darunter viele Gewerkschafter und Betriebsräte, nahmen an einem internationalen Forum in Bad Godesberg teil, auf dem Fragen der europäischen Sicherheit diskutiert wurden. Aus dem Ausland kamen u. a.: Frau Alexandra Birjukowa, Sekretär des Zentralrates der sowjetischen Gewerkschaften; Staatssekretär Matti Kekkonen, Vizepräsident des finnischen Komitees für europäische Sicherheit; Prof. Dr. Philippe Devillers vom Institut für internationale Beziehungen, Paris; Prof. Dr. Stefan Doernberg, stellvertretender Direktor des Instituts für internationale Politik und Wirtschaft der DDR. Aus der Bundesrepublik waren u. a. Prof. Fabian als Leiter der Veranstaltung sowie Prof. Renate Riemeck, Prof. Kogon, Prof. Holz, Prof. Kade sowie Gerd Ruge vom ARD anwesend.

Die Aussprache, die in drei Arbeitskreisen geführt wurde, ergab Erkenntnisse und Folgerungen, die so zusammengefaßt werden können: Nach 25jähriger Teilung in zwei sich gegenüberstehende Militärblöcke bietet sich für Europa endlich die Chance, ein von allen Staaten getragenes System der Sicherheit zu schaffen. Zugleich ist die Zeit gekommen, Verhandlungen über einen Abbau der Truppen und Rüstungen zu beginnen.

Wenn diese Möglichkeiten wahrgenommen werden, könnte Europa die Schwelle zu einer neuen Ära überschreiten, in der die bestehenden gesellschaftlichen Systeme in friedlichem Wettbewerb nebeneinander existieren und die Völker sich, ungehindert durch Wettrüsten und frei von Furcht, den großen sozialen und zivilisatorischen Problemen zuwenden. Die Bundesrepublik würde den Fortschritt durch die baldige Ratifizierung der Verträge von Moskau und Warschau, Normalisierung des Verhältnisses zur DDR auf völkerrechtlicher Grundlage, ihr Eintreten für die Aufnahme beider deutscher Staaten in die UNO und aktive Teilnahme an der Vorbereitung der europäischen Konferenz wesentlich fördern.

Die Konferenz verabschiedete eine Erklärung, in der festgestellt wird, daß die Verträge zwischen der BRD und der UdSSR sowie Polen und das Rahmenabkommen der vier Mächte zur Regelung des Westberlin-Problems wichtige Schritte auf dem Wege der Entspannung in Europa seien. Es soll eine „Charta der Koexistenz“ formuliert und ein ständiges Konferenzkomitee gebildet werden. Dieser ersten Veranstaltung in der Bundesrepublik werden weitere Konferenzen folgen. Auf diese Weise wird die Idee der europäischen Konferenz zur Schaffung eines Sicherheitssystems für die Völker unseres Kontinents weitergetragen und ein konkreter Beitrag dafür geleistet. sr

Zwei Jahre DGB-Erklärung

Erwartungen und Enttäuschungen der Gewerkschaften Kritische Betrachtung zur Halbzeit der Regierung

Nach zwei Jahren Tätigkeit der Regierung Brandt/Scheel ist es an der Zeit zu prüfen, ob die Erwartungen und Forderungen, die der DGB an die sozialdemokratisch geführte Regierung knüpfte und stellte, erfüllt wurden. Der NACHRICHTEN-Verlag hat die diesbezügliche Erklärung des Bundesvorstandes des DGB an die neue Bundesregierung vom 22. Oktober 1969 in der Schrift „Dokumente der Gewerkschaften“ veröffentlicht. NACHRICHTEN haben den Wert dieser Erklärung als Orientierungshilfe der Gewerkschaften für die Bundesregierung und als Bereitschaftserklärung, der Regierung zu helfen, eine arbeiterfreundliche Politik durchzusetzen, unterstrichen. Aber die von Willy Brandt geführte Regierung hat die Arbeiter und Angestellten, alle Werktätigen, auf der ganzen Linie der Innen-, Wirtschafts- und Sozialpolitik enttäuscht.

Die Gewerkschaften und sicher viele Arbeiter setzten damals, 1969, große Erwartungen in eine neue Regierungspolitik. Der DGB forderte ganz richtig, „die einseitige und ungerechte Herrschaftsstruktur in der Wirtschaft zu beseitigen“. Das bezieht sich offensichtlich auf eine Grundfrage, auf die notwendige demokratische Gesellschaftsreform in der BRD. Aber daraus ist nichts geworden. Im Gegenteil. Die Konzentration wirtschaftlicher Macht hat — gefördert durch die Wirtschaftspolitik Schillers — Ausmaße erreicht wie nie zuvor in der Geschichte des Kapitalismus in unserem Land. Was das Tempo der Kapitalkonzentration betrifft, so geben folgende Zahlen Aufschluß: Haben im Jahre 1969 393 Kapitalgesellschaften mit einem Gesamtkapital von 1 Mrd. DM mit größeren Kapitalgesellschaften fusioniert, so waren es 1970 schon 1141 Gesellschaften mit einem Kapital von 5 Mrd. DM.

Für das Resultat einer solchen schnellen Kapitalkonzentration zwei Beispiele: Am 1. Januar 1971 existierten in der BRD sechs Industrieunternehmen mit mehr als 1 Mrd. DM Grundkapital; zur gleichen Zeit gab es sieben Industrieunternehmen mit mehr als 10 Mrd. DM Jahresumsatz. Das sind Größenordnungen, die in der Bundesrepublik gerade in der Zeit entstanden sind, in der die Forderung des DGB, die einseitige und ungerechte Herrschaftsstruktur in der Wirtschaft zu beseitigen, auf der Tagesordnung steht.

In den Gewerkschaften ist diese Kapitalkonzentration und damit Machtzusammenballung bewußt. Darum wurde gerade von der SPD-geführten Regierung die Durchsetzung einer Mitbestimmung erwartet und gefordert, durch die der wachsenden Macht des Großkapitals Einhalt geboten und der Arbeiterschaft Einfluß auf alle Entscheidungen in Wirtschaft und Gesellschaft gesichert wird. Auch die vom Bundesvorstand des DGB erhobene Forderung nach Ausdehnung der paritätischen Mitbestimmung auf alle Großunternehmen der Wirtschaft ist nicht von der Bundesregierung aufgegriffen worden. Statt dessen soll ein Betriebsverfas-

zungsgesetz beschlossen werden, das wesentliche Forderungen des DGB unberücksichtigt läßt, so z. B. die Forderung nach freiem Zugang zum Betrieb und nach freier politischer Betätigung.

Zur Halbzeit der Regierung Brandt/Scheel muß also festgestellt werden, daß die Grundsatzforderung des DGB, die Herrschaftsstrukturen in der BRD zugunsten der Arbeiterschaft zu verändern, von der Regierung mißachtet wurde und diese Strukturen im Gegenteil weiter im Sinne des Großkapitals verfestigt worden sind.

Der DGB verlangte am 22. Oktober 1969 „die Beseitigung des Ungleichgewichts der Einkommensentwicklung zu Lasten der Arbeitnehmer“. Das heißt, daß nicht nur der Lebensstandard verbessert, sondern auch das Verhältnis zwischen den Profiten der Unternehmer und den Löhnen und Gehältern der Arbeiter und Angestellten zugunsten von Lohn und Gehalt verändert werden soll. Das ist aber weder durch die Wirtschafts- und Steuerpolitik der Regierung noch durch die eigene Tätigkeit des DGB erreicht worden.

Laut DIW-Mitteilungen Nr. 51/52, 1970, ging der Anteil der „Einkommen der Lohnabhängigen“ am Volkseinkommen seit 1966, wo er 48,2 Prozent betrug, bis 1970 auf 46,3 Prozent zurück. Trotz der in dieser Zeit durchgesetzten Lohnerhöhungen ist die ungerechte Einkommensentwicklung noch ungerechter, der Gegensatz zwischen Großkapital und Arbeiterklasse tiefer geworden. Oder anders gesagt: Die Ausbeutung der Arbeiter und Angestellten ist noch verschärft worden.

Gerade angesichts der jetzigen Lage, da seitens der Konzerne, aber auch von der Regierung ein starker Druck ausgeübt wird, um die Gewerkschaften zu bewegen, bei Lohnforderungen Zurückhaltung zu üben, sollte man sich an die DGB-Forderung zu Beginn der Amtszeit der jetzigen Regierung erinnern, die Einkommen der Arbeiter und Angestellten auf Kosten der Profite zu erhöhen, um für die Werktätigen

gen einen höheren Anteil am Volkseinkommen zu erreichen. Gegenwärtig besteht die reale Gefahr, daß dieser Anteil weiter gesenkt und sogar der Reallohn vermindert wird.

Diese Absicht der Großunternehmer wird von der Wirtschaftspolitik der Regierung u. a. mit der Zurückstellung von Aufträgen für „Gemeinschaftsaufgaben“ besonders auf dem Bau-sektor unterstützt, wodurch Produktionseinschränkungen künstlich hervorgerufen werden, die auf andere wichtige Industriezweige ausstrahlen. So werden Arbeitsplätze gefährdet und entsteht in der Öffentlichkeit ein bewußt erzeugtes Klima gegen die berechtigten Forderungen der Arbeiter, Angestellten und Beamten. Hier wird das Zusammenspiel der Konzernbosse mit der Regierung sichtbar, das dahin zielt, die Höchstprofite der Monopole zu sichern und die Löhne und Gehälter der Arbeiter und Angestellten herabzudrücken.

Der DGB forderte 1969 eine merkliche Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand. Wie auch immer man zu dieser Forderung im Rahmen des kapitalistischen Systems stehen mag, Tatsache ist, wie auch die „Welt der Arbeit“ feststellte, daß weiterhin nur 1,7 Prozent der Bevölkerung im Besitz von über 70 Prozent des Produktionsvermögens sind. Von Veränderungen der Gesellschaft in der BRD zugunsten der Arbeiterschaft kann in keiner Weise die Rede sein.

Millionen Arbeiter, Angestellte und Angehörige anderer werktätiger Schichten machten sich gerade in dieser Hinsicht angesichts des Versprechens der Regierung, „eine Regierung der Reformen“ zu sein und „mehr Demokratie zu wagen“ sowie der Forderung des DGB vom 22. Oktober 1969 an die Regierung, besondere Hoffnungen. Diese Hoffnungen haben sich nun bereits zur Halbzeit der Regierung als Illusionen erwiesen.

Eine wichtige Forderung des DGB war vor zwei Jahren: „Stabilisierung des Preisniveaus bei stetigem Wachstum.“ Das war und ist unzweifelhaft eine zeitgemäße Forderung. Es beunruhigt alle Arbeiter und Angestellten in hohem Maße, daß jede Lohn- und Gehaltserhöhung immer wieder und auch in immer schnellerem Tempo von der Preisentwicklung eingeholt und überrundet wird. 1970 gab es eine Preissteigerungsrate von gut 4 Prozent. In diesem Jahr wird sie mindestens 6 Prozent betragen. Von einer Stabilisierung der Preise kann also keine Rede sein, und die Preise werden auch 1972 weiter steigen, wenn es nach den Plänen der Konzerne geht.

Es sei noch erinnert an die Forderung des DGB nach Beseitigung der Steuerprivilegien für die Großeinkommen. Nichts dergleichen ist geschehen, sondern der Anteil der Lohnsteuer am gesamten Steueraufkommen ist gestiegen, während der Anteil der Einkommen- und Körperschaftsteuer (Ge-

Akrobaten in Vermögensfragen

Wie die Ungleichheit statistisch vertuscht wird Der Trick mit der „Kapitalisierung“ der Renten

Staat und Monopole in der Bundesrepublik sind seit Jahren dem nicht verstummenden Protest der arbeitenden Bevölkerung gegen die Ungerechtigkeit der Vermögensbildung ausgesetzt. Die Tatsache, daß damit das Eigentum an den Produktionsmitteln stets latent Gegenstand der politischen Auseinandersetzung ist und auf diese Weise das monopolkapitalistische System in Frage gestellt wird, hat dazu geführt, daß immer größere Anstrengungen unternommen werden, um mittels der sogenannten vermögenspolitischen Maßnahmen einen Wandel der Eigentums- und gesellschaftlichen Machtverhältnisse vorzutäuschen.

Gleichzeitig aber wird mit erheblichem propagandistischem Aufwand der Nachweis zu führen versucht, daß die Vermögensverteilung in Wirklichkeit so ungerecht gar nicht sei. Beispielsweise hat das Statistische Bundesamt Ende letzten Jahres die Ergebnisse einer Erhebung veröffentlicht, die dann auch prompt von der bürgerlichen Presse in diesem Sinne ausgeschlachtet wurden. Nach dieser Erhebung verfügen 90 Prozent der Arbeiterhaushalte über Sparbücher; sie übertreffen damit sogar den Durchschnitt aller Haushalte (88 Prozent). 84 Prozent der Arbeiterhaushalte verfügen über Lebensversicherungsverträge; der

Durchschnitt aller Haushalte dagegen nur zu 77 Prozent. 20 Prozent der Arbeiterhaushalte haben Bausparverträge gegenüber 23 Prozent aller Haushalte.

Beim Besitz von Wertpapieren schneiden die Arbeiterhaushalte allerdings schlechter ab; nur 11 Prozent von ihnen verfügen über Aktien, Investmentzertifikate usw. Aber dafür haben 37 Prozent der Arbeiterhaushalte Haus- und Grundbesitz, was wiederum fast dem Anteil entspricht, der für alle bundesdeutschen Haushalte ermittelt wurde.

Diese für die Apologeten des staatsmonopolistischen Systems so erfreulichen Zahlen haben allerdings verschiedene Haken. Um beim letzten anzufangen: Mehr als die Hälfte des „Haus- und Grundbesitzes“ repräsentiert nur Einheitswerte unter 5000 DM und dürfte deshalb im günstigsten Falle aus einem Garten mit einer besseren Laube bestehen; vielfach handelt es sich sogar um unbebaute Grundstücke. Der Wertpapierbesitz liegt ebenfalls zu 79 Prozent unter 5000 DM, zu 55 Prozent sogar unter 2000 DM. Ähnliches trifft für Bausparverträge und Lebensversicherungen zu und insbesondere auch für die Sparguthaben, die zu 51 Prozent nicht mehr als 2000 DM betragen.

Natürlich wäre es recht aufschlußreich gewesen, dieser Spezifizierung des „Vermögens“ der Arbeiterhaushalte entsprechende Werte der Kapitalistenhaushalte gegenüberzustellen. Aber die Klasseninteressen, von denen sich die Statistik der BRD leiten läßt, stehen dem entgegen. Sie hat ihre Erhebung auf Landwirte, Gewerbetreibende, freiberuflich Tätige, Beamte, Angestellte, Arbeiter und Nichterwerbstätige beschränkt. Die Vermögenslage der Unternehmer interessiert sie nicht, aus welchem Grunde sie von vornherein ja auch das Eigentum an Produktionsmitteln außer acht gelassen hat.

Es versteht sich, daß sowohl die Ergebnisse wie auch die leicht erkennbaren Lücken solcher Vermögensangaben die Apologeten des Kapi-

talismus nicht recht befriedigen können. Einige von ihnen haben deshalb keine Mühe gescheut, weitere bisher nicht erfaßte „Vermögen“ der Arbeiterhaushalte ausfindig zu machen. Und ihre Mühen wurden belohnt: Sie entdeckten, wie das Handelsblatt im April 1971 berichtete: „Die große Unterschlagung: 800 Mrd. D-Mark“, welche sich im Besitz von Arbeitern, Angestellten und Beamten befinden und die bis vor kurzem völlig übersehen wurden — sogar von den „Vermögenden“ selbst.

Wie kommt man einem bisher unterschlagenen Vermögen von 800 Milliarden DM auf die Spur? Ganz einfach. Man „kapitalisiert“ die Renten und Rentenansprüche der Sozialversicherten. Wie man einen Rentenanspruch „kapitalisiert“? Ebenfalls einfach. Man schätzt die Höhe des Kapitals, das notwendig wäre, um als Kapitalzins (oder Profit) die heute gültigen Sozialrenten abzuwerfen. Eine Durchschnittsrente für 45jährige Berufstätigkeit hat nach dieser Rechnung zum Beispiel einen Kapitalwert von 135 000 DM.

Die Entdeckung dieser „Unterschlagung“ läßt sich natürlich in vielerlei Hinsicht ausschlagen. Zum Beispiel in Hinsicht auf die „Überlegenheit“ des Kapitalismus gegenüber dem Sozialismus bei der „Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand“. Wo gibts das schon im Sozialismus, daß bei einem gesamten Vermögenswert der Industrie von 250 Milliarden DM (1965) und einem gesamten volkswirtschaftlichen Nettoanlagevermögen von 1250 Milliarden DM sich 800 Milliarden DM in Händen der Arbeiter- und Angestelltenhaushalte befinden? Der Öffentlichkeit ist bisher also nicht nur ein Vermögen von 800 Milliarden DM, sondern eine fast vollständige Überführung aller Vermögenswerte in Volkseigentum verborgen geblieben.

Welcher Arbeiter wollte nach solcher Aufdeckung der „großen Unterschlagung“ noch für gerechtere Vermögensverteilung oder gar für den Sozialismus kämpfen? Künftig wird er bei Arbeitsunfähigkeit und Arbeitslosigkeit nicht mehr sein Dasein als Rentner oder Arbeitslosengeldempfänger fristen, sondern er wird den Verlust seines Arbeitsplatzes und seiner Arbeitsfähigkeit „kapitalisiert“ haben und als „Vermögender“ von seiner Rendite leben. Etwa nach der Formel: Fristlose Entlassung gleich Vermögensbildung von 150 000 DM, Verlust des Ehegatten gleich Vermögensbildung von 70 000 D-Mark bei der Witwe, Verlust eines Beines gleich Vermögensbildung von 20 000 DM usw.

Zugegeben: eine makabre Rechnung. Oder besser: eine makabre Gesellschaftsordnung, in der sich anscheinend alles „kapitalisieren“ läßt. H.P.

winnsteuer) zurückgegangen ist. (Siehe NACHRICHTEN Nr. 9/„Informationen...“, Nr. 3/7, Seite 8).

Nimmt man zu den negativen Fakten der Wirtschafts- und Sozialpolitik noch die Tatsachen, daß die NPD nicht verboten wurde, obwohl es der DGB verlangt hatte, und daß die Ultrarechten in der CDU/CSU freie Hand haben, ihre nationalistische Verhetzung der Bevölkerung zu betreiben, so muß gesagt werden: Das Konzept, das der DGB für die Politik der sozialdemokratisch geführten Regierung 1969 vorgeschlagen hat, wurde von dieser nicht aufgegeben.

Das Programm des DGB vom 22. Oktober 1969 war und ist richtig. Es kann aber nur mit entschlossenen Aktionen der Arbeiter und Angestellten durchgesetzt werden. Die von Brandt geführte Regierung respektiert die Gesetze der kapitalistischen Wirtschaftsordnung. Das aber ist für die Gewerkschaften ein unannehmbare Standpunkt. Darum gilt es für die DGB-Gewerkschaften, die Arbeiterinteressen, wie sie in der Erklärung von 1969 formuliert sind, gegen die Macht- und Profitinteressen der Konzerne und Monopole und auch bewußt gegen die Wirtschaftspolitik Schillers durchzusetzen.

Josef Ledwohn

Es war bezeichnend für den CDU-Parteitag in Saarbrücken, daß von allen Reden, die gehalten werden sollten, die Rede des Bayern Franz Josef Strauß mit der größten Spannung erwartet wurde. Und so trat denn der CSU-Vorsitzende, sich seiner Rolle als „Königsmacher“ durchaus bewußt, auf und kassierte nach seiner Begrüßungsansprache an den Kongreß, die sich wie üblich aus politischer Angeberei und gefährlicher Demagogie zusammensetzte, stürmischen und jubelnden Beifall der Unions-„Christen“.

Das Auftreten des CSU-Vorsitzenden Strauß ließ auch keinen Zweifel daran, wessen Mann in Saarbrücken zur Nummer eins der CDU gewählt wurde. Zeitig genug hatte sich Barzel mit Strauß arrangiert und sich dessen Zustimmung und Hilfe vergewissert. Barzel will über den Parteivorsitz Kanzler-Kandidat der CDU/CSU werden, Kanzler-Kandidat der CDU/CSU, das hat Strauß offen schon vor Wochen festgestellt, kann man nur mit seiner Zustimmung werden. Ein Bundeskanzler Barzel wäre also tatsächlich ein Bundeskanzler Strauß.

Es ist eine unangemessene Verharmlosung, wenn die Parteiführung der SPD nach der Wahl Barzels davon spricht, sie habe damit die nächste Bundestagswahl schon halb gewonnen. Die abschließende Rede Barzels ließ keinen Zweifel daran, daß er in der rücksichtslosen Kritik an der sozialdemokratisch geführten Bundesregierung hinter Strauß nicht zurückstehen will. Besonders die Ostpolitik der Bundesregierung wurde von Barzel unter Beifall der Delegierten entschieden abgelehnt. Die CDU, so sagte Barzel, sei nicht „antirussisch“, sie sei vielmehr „antikommunistisch“.

Der neue CDU-Vorsitzende forderte, daß sich die Parteien der Bundesrepublik in der „öffentlich bekundeten solidarischen Stoßrichtung gegen die DKP“ bewähren sollten. Diese Aufforderung ging offensichtlich an die Adresse der SPD, die es dann eilig hatte, durch ihren Geschäftsführer Wischniewski zu erklären, daß sich die Parteiführung der SPD in ihrem Antikommunismus von der CDU nicht übertreffen lassen werde. Barzels Bekenntnis zur spätkapitalistischen Ausbeutergesellschaft wird ihm zweifellos das Wohlwollen der Unternehmer eintragen.

Nur wenn die Regierung Brandt endlich ernst macht mit der Verwirklichung der versprochenen sozialen Reformen und ihre Ostpolitik, ohne Rücksicht auf das reaktionäre Geschrei der CDU/CSU, zu einem guten Ende bringt, wird sie sich gegen die Komplizenschaft der Strauß/Barzel durchsetzen können. sr

Vorbereitung des DKP-Parteitages mit vielen Aussprachen Kritische Prüfung des programmatischen Thesen-Entwurfs

Seit dem Juli dieses Jahres werden von den Mitgliedern der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) 44 Thesen diskutiert, die der Parteivorstand den Mitgliedern und der politischen Öffentlichkeit in der Bundesrepublik als Entwurf unterbreitet hat. Dieser Thesenentwurf mit dem Motto: „DKP kontra Großkapital — für Frieden, demokratischen Fortschritt und Sozialismus“ soll auf dem Düsseldorfer Parteitag vom 25. bis 28. November endgültig formuliert und beschlossen werden.

In einer Presseerklärung des DKP-Parteivorstandes wird dazu festgestellt, daß die in dem Thesenentwurf entwickelten politischen Grundsätze und Ziele der DKP, die Analyse der gesellschaftlichen Verhältnisse in der Bundesrepublik, die internationale Entwicklung und die sich daraus ergebenden Schlußfolgerungen für die politische Strategie und Taktik der DKP bei den Mitgliedern breite Zustimmung gefunden haben.

Insgesamt fanden bis Anfang September 1971 in 245 Betriebs-, Wohngebiets- und Hochschulgruppen der Partei Aussprachen über den Thesenentwurf statt und überdies wurden Seminare sowie öffentliche Veranstaltungen durchgeführt, in denen über den politischen Inhalt der 44 Thesen diskutiert wurde. Diese breite Diskussion findet ihre Ursache nicht zuletzt in der Tatsache, daß — im Gegensatz zu anderen Parteien — in der DKP die Landes-, Bezirks-, Kreis- und Gebietsorganisationen wie auch die Betriebs-, Wohngebiets- und Hochschulgruppen das Recht haben, unmittelbar an den Parteitag Anträge zu stellen.

Ein wesentlicher Unterschied zu den Programmdiskussionen der anderen Parteien in der Bundesrepublik besteht jedoch darin, daß die DKP ihren Thesenentwurf nicht nur vor den Parteimitgliedern, sondern öffentlich zur Diskussion stellte. In ihren Betriebs- und Ortszeitungen hat die DKP den Thesenentwurf politisch Interessierten, die nicht Mitglied der Parteien sind, angeboten und in öffentlichen Versammlungen, Arbeiteraussprachen, Bauernversammlungen und Jugendforen erläutert. Mehr als 10 000 Persönlichkeiten, vor allem Betriebsratsmitgliedern, Gewerkschaftsfunktionären, Mitgliedern der SPD, wurde der Thesenentwurf überreicht. In ihrer Presseerklärung sagte die DKP dazu, daß die Bereitschaft der Partei, ihre politischen Vorstellungen und Ziele einer großen Öffentlichkeit zu unterbreiten, allgemein begrüßt worden sei.

Inzwischen sind eine Reihe Diskussionsbeiträge zu den 44 Thesen bekannt geworden, die erkennen lassen, daß sich die Aussprachen im allgemeinen auf einem hohen Niveau bewegen. Einer der Schwerpunkte in dieser Diskussion sind Probleme, die

sich aus dem Ringen um die Aktionsgemeinschaft kommunistischer und sozialdemokratischer Arbeiter und Angestellten ergeben. In der These 29 heißt es, die „Herstellung der Aktions-einheit ist eine Kernfrage der kommunistischen Politik“. Und in der These 35 wird diese Aktionsgemeinschaft auf die „Sammlung aller vom Monopolkapital unterdrückten und ausgebeuteten sozialen Schichten — der Intelligenz, der Bauern, der Mittel-schichten — um die Arbeiterklasse“ als Grundvoraussetzung für den erfolgreichen Kampf um demokratischen Fortschritt ausgeweitet.

Die in den Thesen unternommene Analyse der monopolkapitalistischen Gesellschaft in der Bundesrepublik läßt keinen Zweifel an der Richtigkeit dieser Feststellungen zu. Dabei mangelt es weniger an zutreffenden, auf die Aktionseinheit und die Sammlung antimonopolistischer Kräfte ausgerichteten politischen Erkenntnisse und Antworten, als daran, sozialdemokratischen Arbeitern bzw. den potentiellen Bündnispartnern in der Bundesrepublik diese politische Orientierung verständlich zu machen, um sie über sporadische Protestaktionen hinaus zu politischen Aktionen zu führen.

Diese Schwierigkeiten scheinen auch die Formulierungen der 44 Thesen nicht auszuräumen. Im Gegenteil: Der Anspruch der DKP, „sie allein“ vertrete „konsequent die Interessen der Arbeiterklasse und der anderen Werktätigen“ (These 1) hilft nicht das dumme, aber in der Praxis immer wieder auftretende Vorurteil abzubauen, den Kommunisten komme es bei gemeinsamen Aktionen vornehmlich auf den „Führungsanspruch“ an. Auch die globale Verurteilung der „Sozialdemokratie“ hilft nicht, die Entfaltung von Aktionsgemeinschaften zu fördern, denn man darf nicht übersehen, daß die Mehrheit der Sozialdemokraten — auch der „linken“ — sich mit „Sozialdemokratie“ und mit „Sozialdemokratischer Partei“ identifizieren.

Solche Formulierungen sind offensichtlich nicht differenziert genug, um auch die politischen Zielsetzungen der gegenwärtigen und potentiellen Bündnispartner der DKP zu würdigen, was dann letztlich immer zu Lasten der politischen Effektivität geht. Voll zu

Weniger Sozialwohnungen

Ständig geringere Mittel für preisgünstiges Wohnen Sozialer Wohnungsbau schon bald bedeutungslos

Das statistische Bundesamt veröffentlichte kürzlich einen Bericht über die Entwicklung des sozialen Wohnungsbaus, der in vielfacher Hinsicht aufschlußreich ist. Er beweist eindeutig, daß die staatliche Wohnungsbau-Politik keinerlei Ehrgeiz zeigt, die Preistreiber bei den Wohnungsmieten dadurch zu kompensieren, daß sie den Anteil der gegenüber dem freien Wohnungsbau noch relativ erschwinglichen Sozialwohnungen steigert, sondern im Gegenteil: Der soziale Wohnungsbau wird kontinuierlich vermindert und erlangt allmählich eine Größenordnung, die ihn an den Rand der Bedeutungslosigkeit bringt.

Gegenüber 1962 ist die Zahl der öffentlich geförderten Sozialwohnungen auf fast die Hälfte zurückgegangen. „Betrug der Anteil der sozial geförderten Wohnungen an der Wohnungsbautätigkeit insgesamt in den ersten 50er Jahren noch annähernd 70 Prozent und zwischen 1953 und 1960 noch durchschnittlich 52 Prozent, so verringerte sich sein Anteil im letzten Jahrzehnt laufend. Von den 1964 fertiggestellten Wohnungen waren nur noch 40 Prozent Sozialwohnungen, 1967 lediglich 30 Prozent. Nach vorläufigen Ergebnissen dürften im Berichtsjahr 1970 nur 22 Prozent der Wohnungen

im Rahmen des öffentlich geförderten sozialen Wohnungsbaus fertiggestellt worden sein.“ So zu lesen in Wirtschaft und Statistik, Heft 6/1971.

Nur noch jede fünfte Wohnung wird also im sozialen Wohnungsbau errichtet. Kein Wunder, daß die Anwärter auf Sozialwohnungen immer weniger Chancen auf Erfüllung ihrer Wünsche haben. Denn es ist, wie in der Untersuchung festgestellt wird und wie jeder weiß, „eine Sättigungsgrenze der regionalen Wohnungsmärkte — dies zeigen auch die Zahlen der Baugenehmigungsstatistik — noch keineswegs erreicht. Die Hauptschwierigkeit besteht heute darin, das Wohnungsangebot für untere und mittlere Einkommenschichten und für einzelne soziale Gruppen, insbesondere für junge Ehepaare, kinderreiche Familien und alte Menschen, nachhaltig zu verstärken, und zwar zu Bedingungen, die für den Betroffenen noch tragbar sind.“

Aber diese Schwierigkeit besteht eben gerade deshalb, weil der soziale Wohnungsbau seit Jahren — und auch unter sozialdemokratischen Wohnungsbauministern — drastisch reduziert wurde. Welches sind die Ursachen für den Rückgang des sozialen Wohnungsbaus? Als ein Grund hierfür ist die Entwicklung der Baupreise zu nennen. Sie hat zur Folge, daß selbst bei gleichbleibender staatlicher Förderung jährlich weniger soziale Wohnungen errichtet werden können.

Der Preisindex für Bauleistungen an Wohngebäuden stieg allein 1970 um 15,9 Prozent, die Effektivverzinsung der Hypothekarkredite auf Wohnungsgrundstücke sogar um 18,9 Prozent. Je Wohnung wurden auf diese Weise 1970 um 17,2 Prozent mehr finanzielle Mittel benötigt als im Vorjahr; seit 1962 sind die Gesamtherstellungskosten je Wohnung um nicht weniger als 80 Prozent gestiegen. Infolge dieser Preistreiberi konnte trotz Erhöhung der Gesamtfinanzierungsmittel um 15,6 Prozent die Zahl der jährlich errichteten Sozialwohnungen nicht gehalten werden, sondern sie ging weiter um 1,4 Prozent zurück.

Nicht weniger wichtig ist aber, daß die staatlichen Mittel für den sozialen Wohnungsbau erheblich zurückgegan-

gen sind. 1962 betrug die Finanzierungsmittel der öffentlichen Hand 3,2 Milliarden DM, bis 1964 stiegen sie noch bis auf 4,9 Milliarden. Seither aber sind sie in rapidem Tempo reduziert worden, so daß sie 1970 nur noch 1,3 Milliarden DM betrug. Diese Entwicklung vollzog sich ausgerechnet in einer Zeit, in der die Mietpreisfreigabe für einen großen Teil der Bevölkerung außerordentliche soziale Härten gebracht hat. Preisgünstigere Sozialwohnungen wären also mehr denn je notwendig.

Es ist klar, daß die entsprechende Erhöhung der Finanzierungsmittel aus dem Kapitalmarkt die Baukosten je Wohnung zusätzlich anheben mußte. Aber dies war natürlich bei einer Staatshaushaltspolitik unvermeidlich, deren Prioritäten eindeutig bei den Ausgaben für die Bundeswehr und bei den Subventionen für die Konzerne liegen. Eindeutig ist der Wohnungsbau als staatliche Aufgabe zur Sicherung eines der erstrangigen Bedürfnisse der Menschen in der Bonner Politik längst auf eine der untersten Stufen in der Dringlichkeitsskala gesetzt worden — oder genauer gesagt, ist ihm mittlerweile jegliche Dringlichkeit unter den Staatsaufgaben abgesprochen worden.

Natürlich ist die immer geringere Zahl der neugebauten Sozialwohnungen für die Mieter immer teurer geworden. Die Kostensteigerung hat im Mietgefüge zu drastischen Veränderungen geführt. Hatten 1965 noch 59,9 Prozent der Sozialwohnungen Quadratmeter-Mieten von bis zu 2,49 D-Mark, so 1970 nur noch 0,3 Prozent. Quadratmeter-Mieten von 3,10 DM und mehr gab es 1965 noch kaum; lediglich 0,6 Prozent der Wohnungen wurden damals als Sozialwohnungen zu solchen nicht gerade sozialen Preisen vermietet. Aber 1970 kosteten schon nicht weniger als 64,2 Prozent der Sozialwohnungen je Quadratmeter 3,10 DM und mehr Miete.

Es gibt also keinen Zweifel, daß der soziale Wohnungsbau bald in den letzten Zügen liegen wird, wenn sich die Entwicklung der letzten Jahre fortsetzt. Für den Mieter wird dieses Ende in zweierlei Hinsicht immer deutlicher:

■ Zum ersten darin, daß der Anteil der Sozialwohnungen am Wohnungsbau wie auch die absolute Zahl der neugebauten Sozialwohnungen ständig abnimmt,

■ zum zweiten darin, daß die Mieten im sozialen Wohnungsbau in schnellem Tempo dem Niveau angepaßt werden, das durch den freien Wohnungsbau diktiert wird.

Wie sich diese Entwicklung mit einer Regierung vereinbart, die sich als Regierung der sozialen Reformen verstanden wissen will — diese Frage mag man in Bonn beantworten.

R. F.

unterstreichen ist der Schlußsatz der These 29: „Unser Streben ist darauf gerichtet, auch die minimalste Übereinstimmung mit Sozialdemokraten zum Ausgangspunkt des gemeinsamen Handelns für die gemeinsamen Interessen zu machen.“

In Nr. 8 und 9/1971 haben sich die NACHRICHTEN bereits mit dem Thesenentwurf beschäftigt und kurze bemerkenswerte Auszüge aus dem Entwurf zu Fragen der Wirtschafts- und Sozialpolitik und dem Verhältnis der DKP zu den Gewerkschaften veröffentlicht.

Anlässe zur Kritik des Thesenentwurfs, das sei grundsätzlich gesagt, ergeben sich weniger aus der politischen Substanz als aus manchen Formulierungen, die überdies oft zu lang und voller Wiederholungen sind, ohne dadurch an Klarheit der politischen Aussage zu gewinnen. Der Düsseldorfer Parteitag der DKP wird sich der Aufgabe unterziehen müssen, aus dem umfassenden Entwurf des Parteivorstandes „Thesen“ zu machen, die kurz und prägnant die politische und gesellschaftliche Situation in der Bundesrepublik definieren und die sich daraus ergebenden Ziele und Aufgaben bestimmen. Und das sollte dazu in einer Sprache geschehen, die von allen Arbeitern und Angestellten verstanden wird, denen die politische Terminologie nicht immer geläufig ist.

H. S.

Plan mit Schattenseiten

Arendt-Plan läßt Rentenrecht im Kern bestehen Forderungen der Gewerkschaften werden nicht erfüllt

Mit dem Gesetzentwurf zur „Weiterentwicklung des Rechts der gesetzlichen Rentenversicherung“ (vgl. „Ein Arendt-Plan“, NACHRICHTEN Nr. 8/71) soll zum ersten Mal seit der 1957 durchgeführten Rentenreform das Rentenrecht auf einigen Teilgebieten ausgebaut werden, nachdem die 1965 in Kraft getretene „Härtenovelle“ nur Korrekturen einzelner Bestimmungen des Rentenrechtes brachte. Auch der Gesetzentwurf des Arendt-Ministeriums läßt das 1957 von der damaligen CDU/CSU-geführten Regierungskoalition geschaffene Rentenrecht in seinem Kern unverändert. So soll u. a. die dynamische Renten Anpassung nicht durch die automatische Renten Anpassung ersetzt werden, wie das der 8. Bundeskongreß des DGB gefordert hatte.

Es ist aber gerade die dynamische Rentenformel, die zur Folge hat, daß die Sozialrenten erst mit drei- bis vierjähriger Verspätung der Entwicklung der Arbeitsverdienste angepaßt werden. Infolgedessen erhöhen sich die Sozialrenten zum 1. Januar 1972 nur um 6,3 Prozent. Mit der automatischen Anpassung der Renten würde die Alterssicherung der Arbeiter und Angestellten in diesem wesentlichen Punkt der Alterssicherung der Beamten gleichgestellt, deren Pensionen automatisch mit jeder Verbesserung der Besoldung erhöht werden.

Die Gewerkschaften haben die automatische Renten Anpassung schon während der erbitterten Auseinandersetzungen um die Rentenreform des Jahres 1957 gefordert. Während damals diese Forderung von der SPD im Bundestag mitvertreten wurde, scheint sie sich als führende Regierungspartei nicht mehr daran erinnern zu wollen.

Zweifellos hat der Gesetzentwurf des Arendt-Ministeriums auch positive Seiten. So könnte die vorgesehene Einführung der flexiblen Altersgrenze ein erster Schritt zu der von den Gewerkschaften geforderten generellen Herabsetzung der Altersgrenze sein, zumal eine direkte Kürzung der Altersrenten damit verbunden sein soll, wie das in den bisher bekannt gewordenen Plänen vorgesehen war. Eine Minderung der Rente um durchschnittlich 5 Prozent ergibt sich vielmehr daraus, daß bei Beantragung des Altersruhegeldes nach Vollendung des 63. Lebensjahres zwei Jahre bei der Berechnung der Rente fehlen.

Mit der Absicht, den Arbeitern ab Vollendung des 63. Lebensjahres das Recht einzuräumen, ihr Altersruhegeld zu beantragen, bleibt der Arendt-Plan allerdings weit hinter der vom 8. DGB-Kongreß erhobenen Forderung, die Altersgrenze auf 60 Jahre herabzusetzen, zurück. Auch die Forderung des DGB-Grundsatzprogramms für Frauen, für Beschäftigte in besonders gefährdeten Berufen und für Arbeiter und Angestellte, die aus Altersgründen keinen angemessenen Arbeitsplatz finden, die Rente durch Festsetzung einer besonderen Altersgrenze vorzeitig zu gewähren, ist im Gesetz-

entwurf nicht berücksichtigt. Hier bleibt der Gesetzentwurf selbst hinter den Forderungen zurück, die von der SPD in bezug auf die 1957 durchgeführte Rentenreform vertreten wurden. Damals beantragte die SPD, Frauen und Schwerbeschädigten ohne Einschränkung ab dem 60. Lebensjahr Altersruhegeld zu gewähren.

Nach dem Arendt-Plan aber soll selbst der bescheldene Fortschritt, das Altersruhegeld ab Vollendung des 63. Lebensjahres beantragen zu können, nur Arbeitern und Angestellten zugestanden werden, die mindestens 35 Versicherungsjahre (Beitrags- und Ersatzzeiten) erfüllt haben. Damit würde jedoch praktisch eine neue Wartezeit eingeführt. Gegenüber der geltenden Wartezeit von 15 Jahren würde sie für das flexible Altersruhegeld um 20 Jahre verlängert.

Die im Gesetzentwurf enthaltene Bestimmung, durch die für langjährig Versicherte eine Mindesthöhe festgelegt werden soll, ist insoweit ein Fortschritt, als damit erstmals in dem geltenden Rentenrecht der Grundsatz einer Mindestrente verankert wird. Bisher haben dies die sozialreaktionären Kräfte, vor allem aus den Unternehmerverbänden, kategorisch abgelehnt, wobei sie sich hinter dem Prinzip der Lohnbezogenheit der Rente und dem Versicherungsprinzip (Rentenhöhe entsprechend den geleisteten Beiträgen) verschanzten.

Nach der vorgesehenen Regelung soll die Rente nach Einkommen in Höhe von zwei Dritteln des Durchschnittsverdienstes aller Versicherten berechnet werden, wenn das eine günstigere Rente ergibt als die Berechnung nach dem tatsächlichen Verdienst. Bei 35 Versicherungsjahren würde das z. B. in diesem Jahr ein Altersruhegeld von 320 DM bedeuten. Allerdings soll diese Bestimmung nur den Versicherten (oder deren Hinterbliebenen) zugute kommen, die 35 Versicherungsjahre nachweisen können.

Das bedeutet, daß der größte Teil der Bezieher kleiner Renten von dieser Bestimmung keinen Nutzen hätte — und das sind mehr als gemeinhin angenommen wird, nämlich rund 2,8 Mil-

lionen oder rund 50 Prozent aller Versicherten- bzw. Witwenrenten der Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten. Mit dem Gesetzentwurf des Arendt-Ministeriums wird so natürlich auch nicht die vom 8. Bundeskongreß des DGB bekräftigte Forderung erfüllt, wonach die Altersrente „nach einem erfüllten Arbeitsleben 75 Prozent des Arbeitsverdienstes“ betragen soll.

Der Gesetzentwurf enthält drei Bestimmungen, die vor allem die Frauen betreffen: Die Einführung eines „Baby-Jahres“ bei der Rentenberechnung, die Öffnung der Rentenversicherung für Hausfrauen und das „Rentensplitting“ bei Ehescheidung. Mit der Einführung des „Baby-Jahres“ würde im Grundsatz die soziale Verpflichtung gegenüber den Frauen anerkannt, die wegen der Geburt und der Erziehung ihrer Kinder ihre Berufstätigkeit unterbrechen müssen. Das wäre ein erster, wenn auch bescheidener Schritt zur Erfüllung einer sozialen Verpflichtung.

Mit der Öffnung der Rentenversicherung für Hausfrauen würde in der Rentenversicherung der Zustand wiederhergestellt, der bis zur Rentenreform 1957 bestanden hat — allerdings unter weitaus schlechteren Bedingungen. In den NACHRICHTEN wurde schon nachgewiesen, daß für die Mehrheit der Frauen soziale Sicherheit durch eine eigene Rente nicht erreicht werden kann (siehe „Hausfrauenrente ungenügend“, NACHRICHTEN Nr. 4/71). Der Mindestbeitrag von 17 DM (ab 1. Januar 1973 = 18 DM), der für Arbeiterfamilien, wenn er regelmäßig bezahlt wird, schon eine spürbare Belastung darstellt, bringt nach 15 Jahren nur eine Rente von 20,80 DM und nach 45 Jahren von 62,40 DM.

Der Arendt-Plan hat Licht-, aber mehr noch Schattenseiten. Den 10 Millionen Rentnern, die gerade jetzt von der Teuerung am härtesten betroffen sind, bringt er zunächst keine Verbesserungen, denn das Inkrafttreten des Gesetzentwurfes ist erst zum 1. Januar 1973 — im Jahr der nächsten Bundestagswahl — vorgesehen. Den Rentnern müßte schneller und wirksamer geholfen werden und die finanzielle Situation der Rentenversicherungsanstalten der Arbeiter und Angestellten ist dafür günstig.

Die sozialreaktionären Kräfte in der Bundesrepublik werden alles daran setzen, um selbst die in dem Gesetzentwurf des Arbeitsministeriums enthaltenen bescheidenen Verbesserungen zu verhindern. Den Gewerkschaften obliegt daher die Aufgabe, erstens für die Verwirklichung der entsprechenden Forderungen des DGB in diesem Gesetzentwurf zu kämpfen und zweitens gegen jeden Versuch, den Arendt-Plan noch mehr zu verschlechtern und die darin enthaltenen bescheidenen Verbesserungen noch mehr einzuschränken, Widerstand zu leisten.

Arthur Böpplé

Handlanger?

Merkwürdige Auffassungen von der Interessenvertretung für Arbeiter, Angestellte und Beamte scheinen einige Funktionäre im DGB-Bundesvorstand zu haben. So stimmten die Gewerkschaftsvertreter im Verwaltungsrat und im Vorstand der Bundesanstalt für Arbeit Anfang September einmütig für eine Anhebung der Arbeitslosenversicherungsbeiträge ab 1. Januar 1972 von gegenwärtig 1,3 auf 1,6 Prozent, die bekanntlich je zur Hälfte vom Unternehmer und vom Arbeiter bezahlt werden. Die Bundesanstalt kommt mit ihren Mitteln nicht mehr aus. Sie wird von der Bundesregierung zunehmend zur Finanzierung von Aufgaben herangezogen, die mit dem Zweck der Beitragserhebung nichts zu tun haben.

Zwar hat der DGB das kritisiert, aber dennoch für 1972 als „Übergangslösung“ der Beitragserhöhung zugestimmt. Wer nun glaubt, daß der Gewerkschaftsbund vom Gesetzgeber verlangt, die zweckfremden Aufgaben von der Arbeitslosenversicherung abzuwenden, hat weit gefehlt. Formal wird eine solche Forderung zwar erhoben, aber mit dem Vorschlag verbunden, eine weitere Beitragsart für alle Beschäftigten einzuführen.

Nach den Plänen des DGB soll ein „Arbeitsmarktbeitrag“ alle Kosten decken, die durch „arbeitsmarktpolitisch erforderliche Aufwendungen“ wie Arbeitsvermittlung, Berufsberatung, Förderung der beruflichen Bildung und Sicherung der ganzjährigen Beschäftigung in der Bauindustrie entstehen. Also alles eindeutige Aufgaben des Staates und der Unternehmer. Nach ausdrücklichem Vorschlag des DGB ist jedoch für diese Maßnahmen „ein Arbeitsmarktbeitrag von allen Erwerbspersonen, orientiert an ihren Einkommen, zu erheben“.

Das hat es bisher noch nicht gegeben und ist offensichtlich das Resultat sozialdemokratischer Regierungsführung, weil nämlich führende Sozialdemokraten im DGB glauben, sozialdemokratischen Ministern Handlangerdienste leisten zu müssen. Sicherlich kommen solche Funktionäre auch nicht auf die Idee, die Minister Schmidt und Schiller sowie den Bundeskanzler zur Senkung der Rüstungslasten aufzufordern, die 1972 abermals um 2,5 Milliarden DM steigen sollen. Die Forderungen der Gewerkschafter lauten: Erhöhung der Bonner Zahlungen an die Rentenversicherung, Entlastung der gesamten Sozialversicherung von allen Fremdaufgaben, keine neue Sondersteuer zur Sicherung des Rüstungshaushaltes! Manchen DGB-Funktionären muß dringend geraten werden, die Beschlüsse der Gewerkschaften zu beachten. Sb.

Für weltoffenen Handel

Leipziger Messe zeigt wachsende Kraft sozialistischer Wirtschaft Internationaler Treffpunkt für Kaufleute und Gewerkschafter

Genau 6361 Ausstellerfirmen aus 55 Ländern, 265 055 Quadratmeter Ausstellungsfläche und Besucher aus 88 Ländern — das sind einige wesentliche Daten der diesjährigen Leipziger Herbstmesse. Vom 5. bis 12. September bekräftigte Leipzig erneut seinen Ruf als führender Welthandelsplatz, Zentrum des Ost-West-Handels und bedeutende Stätte des wissenschaftlich-technischen Informationsaustausches. Das entspricht dem traditionellen Messemotto: „Für welt-offenen Handel und technischen Fortschritt“.

Auf fast 210 000 Quadratmetern zeigten Firmen aller Eigentumsformen der DDR ihr Exportangebot. Entsprechend der Veränderung des Messeprofils waren Schwerpunkte des Exportangebots der DDR: chemische Grundstoffe, Chemieanlagen, Kunststoffmaschinen, polygraphische Maschinen, Erzeugnisse der Medizin- und Labortechnik, Nutzfahrzeuge, Unterrichtsmittel und Schulmöbel, Erzeugnisse für Sport- und Freizeitgestaltung, Haushaltsgeräte, Rundfunk- und Phontechnik, Glas und Keramik sowie Bücher.

Größter Aussteller des sozialistischen Auslands war wiederum die UdSSR. Die sowjetischen Außenhandelsvereinigungen zeigten mehr als 7000 Exponate, von denen 86 Prozent das erste Mal im Ausland vorgeführt wurden. Auch diese Kollektivschau, wie auch die Angebote der übrigen sozialistischen Länder, zeigle Exportgüter entsprechend dem auf die zukünftige Entwicklung von Produktion und Welthandel zugeschnittenen Messeprofil. Als bemerkenswerter Trend der Volkswirtschaften sozialistischer Länder widerspiegelte sich in deren Ausstellungen eine zunehmende Zusammenarbeit und Arbeitsteilung.

Zu diesem Thema machte der Minister für Außenwirtschaft der DDR, Horst Sölle, in seiner Ansprache zur Eröffnung der Messe interessante Aussagen. Die „sozialistische ökonomische Integration“ der Mitgliedsländer des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) sei „eine Haupttrichtung zur weiteren Festigung der Geschlossenheit der sozialistischen Staatengemeinschaft und zur Steigerung ihrer Wirtschaftskraft“. Zu den jüngsten Beschlüssen des RGW sagte der Minister u. a.: „Das Komplexprogramm für die weitere Vertiefung und Vervollkommnung der Zusammenarbeit und Entwicklung der sozialistischen ökonomischen Integration für die nächsten 15 bis 20 Jahre sieht vor, moderne, effektive Produktionsstrukturen herauszubilden, tiefgehende stabile Verbindungen zwischen den Hauptzweigen von Wirtschaft, Wissenschaft und Technik herzustellen und damit allen beteiligten Staaten großen Nutzen zu bringen.“

Auf einer Pressekonferenz gab der Minister nähere Erläuterungen: Die

DDR werde z. B. über die gemeinsam erbauten Erdölleitungen von 1971 bis 1975 rund 65 Millionen Tonnen sowjetisches Öl beziehen. Polen und die CSSR würden sich an der Erschließung von Kalivorkommen in der DDR beteiligen.

Minister Sölle hob besonders hervor, daß durch die verstärkte Wirtschaftsintegration der sozialistischen Länder die Potenzen auch für den Handel mit den Entwicklungsländern und den kapitalistischen Industrieländern schnell wachsen würden. So wirke sich beispielsweise allein schon auf dem Gebiet der Roh- und Brennstoffversorgung die enge Zusammenarbeit der RGW-Länder sehr positiv für die DDR aus; sie habe zur weitgehenden Abschirmung von den Unsicherheiten der kapitalistischen Rohstoffgebiete geführt und zur Herausbildung leistungsfähiger Exportzweige beigetragen.

Wie sehr Leipzig als Handels- und Informationszentrum besonders auch für die europäischen und außereuropäischen kapitalistischen Industrieländer von Bedeutung ist, veranschaulichte die Tatsache, daß aus diesen Räumen rund 1600 Ausstellerfirmen 37 235 Quadratmeter belegt hatten. Besonders gut entwickelten sich, nach Informationen, die in Leipzig zu erhalten waren, in letzter Zeit die Wirtschaftsbeziehungen zwischen der DDR und Japan, Frankreich, Italien und Schweden. Japan z. B. hat gegenüber der Herbstmesse 1970 seine Ausstellungsfläche auf fast das Fünffache erweitert. Auch zwischen der Bundesrepublik und der DDR sind in diesem Jahr, vor allem wegen erhöhter Lieferungen der DDR, die Warenströme spürbar angeschwollen.

Aber Leipzig ist zur Messezeit nicht nur unter handelspolitischen Gesichtspunkten von erhöhtem Interesse. Die Anwesenheit Hunderter Gewerkschafter aus der Bundesrepublik, die das Gespräch, Informationen und Erfahrungsaustausch mit ihren Gewerkschaftskollegen in der DDR suchten und in zahlreichen Begegnungen auf verschiedenster Ebene auch fanden, unterstreicht die vielfältigen Möglichkeiten, die sich in der Messemetropole der DDR nicht nur dem Kaufmann, sondern ebenso dem Gewerkschafter bieten. -rt

Forumsgespräch mit dem FDGB

Gedankenaustausch mit DGB-Gewerkschaftern in Leipzig Über die Stellung der Gewerkschaften im Sozialismus

Die Forumdiskussion am 11. September 1971 in Leipzig zum Thema „Gewerkschaften der DDR — Organisationen der machtausübenden Arbeiterklasse und zur Wahrnehmung der Arbeiterinteressen“, war eine von mehr als 100 Zusammenkünften, Gesprächen und Foren von Gewerkschaftern der BRD mit Gewerkschaftern der DDR, die während der Leipziger Messe stattfanden.

Werner Heilemann, Mitglied des Präsidiums und Sekretär des Bundesvorstandes des FDGB, vermittelte in seinen Ausführungen vor 100 Gewerkschaftern aus der Bundesrepublik ein plastisches Bild von der Rolle und dem Wirken des FDGB in der DDR. Er hob hervor, daß von den 7,2 Millionen Mitgliedern des FDGB 1858 000 gewählte Funktionen ausüben. Jedes vierte Mitglied übt somit eine gewerkschaftliche Funktion aus. Schon diese Tatsache berechtigte ihn zu der Feststellung, daß die innergewerkschaftliche Demokratie im FDGB auf einer breiten Basis ehrenamtlicher Arbeit praktiziert wird.

„Die veränderte Stellung der Arbeiterklasse im Sozialismus“, so führte Werner Heilemann weiter aus, „wandelt die Funktion der Gewerkschaften.

Sozialismus real

Interessenvertretung unter diesen Bedingungen bedeutet vor allem, die Arbeiterklasse zu befähigen, ihrer führenden Rolle in der Gesellschaft gerecht zu werden und sachkundig ihre Macht auszuüben. Gewerkschaftsarbeit ist also tagtäglich Machtausübung der Arbeiterklasse.“

Und weiter: „Diese Machtausübung ist darauf orientiert, den sozialistischen Aufbau auf allen Gebieten des Lebens immer erfolgreicher zu gestalten. All unser Denken und Handeln — darin besteht der Sinn des Sozialismus — ist darauf gerichtet, für das Glück des Volkes, für die Interessen der Arbeiterklasse und aller Werktätigen zu schaffen. In diesem Sinne sind auch die Ziele des Fünfjahresplanes auf dem VIII. Parteitag der SED abgesteckt worden.

Sozialismus, das heißt Sicherheit der Arbeitsplätze. Das bedeutet Stabilität und Kontinuität in der Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft, bedeutet zielstrebige Entwicklung der Arbeits- und Lebensbedingungen, des kulturellen Niveaus der werktätigen

Menschen. Durch ihre Gewerkschaftsorganisationen nimmt die Mehrheit der Arbeiterklasse durch schöpferische Arbeit darauf Einfluß, daß der Sinn des Sozialismus Wirklichkeit wird und alle Anstrengungen unserer sozialistischen Wirtschaft dem Wohle des Menschen dienen.“

Es ist daher natürlich, daß in der lebhaften und sachlichen Diskussion Fragen der Mitbestimmung, der Sicherheit des Arbeitsplatzes, der Gleichberechtigung der Frau und der aktiven Mitarbeit der Jugend einen wesentlichen Raum einnahmen.

Wie ist der Arbeitsplatz gesichert? Werden die Gewerkschaften bei geplanten Rationalisierungsmaßnahmen hinzugezogen? Wie lange vorher wissen die Arbeiter, daß Rationalisierungsmaßnahmen durchgeführt werden, und wie werden sie auf neue Arbeitsplätze vorbereitet? Wer finanziert die Umschulung? Wie steht es mit der Arbeitsgerichtsbarkeit in der DDR? Was wird getan, um den werktätigen Frauen und Kindern das Lernen zu erleichtern und auch auf diesem Gebiet die Gleichberechtigung zu gewährleisten? Wie steht es mit der gewerkschaftlichen Jugendarbeit?

Diese und viele andere Fragen wurden von den Gewerkschaftern der BRD aufgeworfen. Darauf verlangten sie Antwort von den Funktionären des FDGB. Und sie bekamen fundierte Antworten.

Da berichteten z.B. die Vorsitzende der Gewerkschaft Handel, Nahrung und Genuß, Charlotte Weim, und der Vorsitzende der IG Druck und Papier, Heinz Deckert, darüber, wie sie gemeinsam mit den Fachministerien der Regierung über geplante Rationalisierungsvorhaben der nächsten Jahre berieten und die damit verbundenen Umschulungsmaßnahmen für die betroffenen Arbeiter festlegten. Wie sich das auf allen Ebenen gemeinsam mit den Arbeitern vollzieht, das ging aus den konkreten Antworten des Sekretärs eines FDGB-Kreisvorstandes, des Vorsitzenden einer Abteilungs-gewerkschaftsleitung im VEB Polygraf Leipzig und eines Vertrauensmannes im VE Chemiekombinat Militz hervor.

Das Fazit all dieser Beratungen und Diskussionen: Während die Gewerk-

schafter der DDR von der klaren und sicheren Perspektive ihres Lebens berichten konnten, dominierte bei den Arbeitern aus der BRD die Sorge um die Erhaltung ihrer Arbeitsplätze, die sie besonders durch die Währungs-krise und die wachsende Wirtschaftsunsicherheit in der BRD gefährdeter denn je sehen. In der DDR zählt das Wort des Arbeiters. Im Sozialismus werden alle Probleme mit und im Interesse des Menschen gelöst. In der BRD, unter den Bedingungen einer kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, ist die Meinung des „Arbeitnehmers“ nicht gefragt.

Km

Jeder 4. Student in der Welt ein Sowjetbürger

Jedes Jahr verlassen in der UdSSR mehr als zwei Millionen Jugendliche die Oberschulen. Neun Millionen junge Männer und Mädchen studieren an 800 Hochschulen und 4000 Fachschulen. 1970 haben mehr als 1,5 Millionen Fachleute die Hoch- und Fachschulen absolviert. Jeder von ihnen hat Arbeit in seinem Beruf aufgenommen. In der UdSSR sind alle Bildungsmöglichkeiten, einschließlich der Hochschulbildung, unentgeltlich.

Gemeinsam mit den sowjetischen Studenten wurden 26 000 Studenten aus den verschiedensten Ländern Europas, Asiens, Afrikas und Lateinamerikas an den Hochschulen und Universitäten der UdSSR ausgebildet.

UdSSR: Hohe Ausgaben für Kinderbetreuung

In der Sowjetunion übernimmt der Staat 75 bis 85 Prozent der Kosten für den Unterhalt der Kinder in Kinderkrippen und Kindergärten. Ein Krippenplatz kostet den Staat 440 Rubel im Jahr, während die Eltern im Durchschnitt nur 80 Rubel oder 18 Prozent bezahlen. Die Betreuung eines Kindes im Kindergarten kostet 390 Rubel, wofür die Eltern etwa 100 Rubel oder 25 Prozent zu zahlen haben. Die Mittel, die der Staat für einen Schüler ausgibt, betragen etwa 100 Rubel im Jahr, und in einer Hortgruppe sind es 180 Rubel im Jahr.

Dabei ist hervorzuheben, daß die Direktiven des XXIV. Parteitages der KPdSU für den neuen Fünfjahrplan vorsehen, aus staatlichen Mitteln Vorschuleinrichtungen mit mehr als zwei Millionen Plätzen zu bauen, die Anzahl der Schüler in den Schulen und Hortgruppen um 1,5 Millionen zu erhöhen und mit staatlichen Investitionen allgemeinbildende Schulen mit mindestens sechs Millionen Plätzen zu schaffen.

Wahlen und Wettbewerb

Wahlen in der DDR und die Aktivität der Gewerkschaften Über die Rolle des sozialistischen Wettbewerbs

Gegenwärtig werden in der DDR die Wahlen zur Volkskammer, dem höchsten Machtorgan, und zu den Bezirkstagen in den 14 Bezirken vorbereitet; die Wahlen finden am 14. November statt. Aus diesem Anlaß sandte uns Claus Friedrich, unser DDR-Korrespondent, folgenden Beitrag:

Es entspricht dem sozialistischen Demokratieverständnis, daß der Bürger am Wahltag nicht nur einen politischen Willensakt vollzieht; vielmehr geht es in der ganzen Periode der Wahlvorbereitung darum, eine hohe Aktivität, vor allem der Arbeiterklasse, zu entwickeln, die die weitere Vorwärtsbewegung der gesamten sozialistischen Gesellschaft sicherstellt. In Tempo und Ausmaß hängt diese Vorwärtsbewegung wesentlich von den Ergebnissen der materiellen Produktion ab. Sie entscheiden darüber, daß die angestrebten Ziele hinsichtlich des Lebensniveaus nicht nur Absichtserklärungen bleiben. Der Wähler der DDR wird daher in der Wahlbewegung in seiner Eigenschaft als Produzent und zugleich Eigentümer der Wirtschaft angesprochen.

Die Wahlarbeit der Gewerkschaften der DDR ist darum wesentlich auf die Wirksamkeit des sozialistischen Wettbewerbs gerichtet. Denn, um Erich Honocker, den Ersten Sekretär des ZK der SED, zu zitieren, „die gute Arbeit eines jeden von uns, eines jeden Werktätigen für die Erfüllung des Planes 1971, ist die wichtigste Sorge für das Wohlergehen der Bürger und ihrer Familien“.

Seit 1917, seit sich der Sozialismus in eine reale Kraft verwandelt hat, wird der neuen Ordnung von ihren Gegnern nachgesagt, daß mit der Beseitigung des kapitalistischen Eigentums an den Produktionsmitteln Antrieb und Initiative in der Wirtschaft erstickt würden. Das ist insoweit richtig, als der Antrieb und die Initiative des kapitalistischen Eigentümers in Betracht kommen.

Das alte bürgerliche Argument nimmt von der Arbeiterklasse keine Kenntnis und spricht ihr stillschweigend jede Befähigung zur Entwicklung der Wirtschaft, die natürlich ohne Initiative undenkbar ist, ab. Die Praxis, auch in der DDR, hat das längst widerlegt. Im Wettbewerb zeigt sich die Arbeiterklasse als Träger der Initiative in der Wirtschaft.

Wie sieht die Sache nun in der Praxis aus? Der Wettbewerb dient einer guten Erfüllung des betrieblichen Planes, also der Erwirtschaftung eines möglichst hohen Betriebsergebnisses. Davon hängt ja die Höhe der Jahresendprämie eines jeden Beschäftigten ab. Der Plan muß im Betriebskollektiv

diskutiert sein, die Gewerkschaft muß, entsprechend den gesetzlichen Vorschriften, dazu ihre Stellungnahme gegeben haben, und die wirtschaftsleitenden Organe können erst nach dieser Stellungnahme den Plan verbindlich werden lassen.

Die Gewerkschaft sieht darauf und sorgt dafür, daß auf der Grundlage des Planes eine Wettbewerbskonzeption für den Betrieb entwickelt wird, die selbstverständlich in allen Kollektiven zu diskutieren ist und dort in eine Aufgabenstellung für den eigenen Verantwortungsbereich umgesetzt wird. Die Lebendigkeit des Wettbewerbs wird wesentlich davon beeinflusst, wie sehr er die tatsächlichen Entwicklungsbedürfnisse des Betriebes bzw. der Abteilung differenziert faßt.

Begeben wir uns einmal, um die Sache anschaulich zu machen, in Gedanken ins Waschgerätekwerk Schwarzenberg, einen sozialistischen Betrieb, dessen Waschmaschinen allerdings vor einiger Zeit das Gütezeichen einbüßten. Das Gütezeichen wird vom Amt für Material- und Warenprüfung für besonders herausragende Qualitätsgüter verliehen, und jeder Betrieb ist natürlich bemüht, es für seine Erzeugnisse zu erringen. Die Gründe für den Verlust des Gütezeichens — das machte gewiß keine Reklame für das Werk — wurden von manchen Leitern, aber auch von Arbeitern zunächst in äußeren Ursachen gesucht. Eine mit der Gewerkschaft organisierte „Tiefenprüfung“ deckte auf, daß genug Dinge im eigenen Verantwortungsbereich in Ordnung zu bringen waren. Deshalb wurde der sozialistische Wettbewerb auf das Qualitätsproblem orientiert.

Es gab eine gründliche Untersuchung, welche Fehler am häufigsten auftreten —, an welchen Arbeitsplätzen, bei welchen Arbeitsgängen. Über die Ergebnisse wurde in den Gewerkschaftsgruppen ausführlich debattiert. Sie wurden auch öffentlich an den Arbeitsplätzen ausgehängt, so daß jeder seine Arbeit daraufhin besser überprüfen konnte. So ergab sich ein gesunder Wettstreit.

Das Ergebnis: Schon in den ersten Monaten verringerte sich die Anzahl der Fehler um die Hälfte. Die Einhaltung der Qualitätskriterien wurde auch materiell stimuliert. Dazu wur-

den die Qualitätsvorgaben differenziert für jeden Arbeitsplatz fixiert, und zwar so, daß sie von allen auch erreichbar waren. Befürchtungen von Lohneinbußen waren unbegründet. Jeder hatte es selbst in der Hand, durch gute Qualität seinen Lohn zu sichern oder zu erhöhen.

Im Kollektiv Nirosta-Behälter wurden im sozialistischen Wettbewerb schon in den ersten Monaten die Vorgaben unterboten, und die bis dahin notwendigen Nacharbeitsstunden sanken innerhalb eines halben Jahres auf 45, während in dem Halbjahr zuvor 180 angefallen waren. Der Lohn erhöhte sich, und viele Arbeiter machten sich im Wettbewerb bessere Arbeitsmethoden zu eigen, entwickelten ihre Fähigkeiten, ihr Verantwortungsbewußtsein für das gesamte betriebliche Geschehen. Der Betrieb konnte schließlich das Gütezeichen für sein Erzeugnis wiedererringen.

Widerspricht der Wettbewerb vielleicht einem alten Prinzip der Arbeiterbewegung, dem der Solidarität? Werden durch ihn nicht Neid und Mißgunst unter den Arbeitern geweckt? Solidarität unter sozialistischen Produzenten und Eigentümern besteht nicht darin, Fehler und Mängel in der eigenen und der Arbeit anderer mit dem Mantel der Nächstenliebe zuzudecken; denn für diese Fehler zahlen alle. Solidarität im sozialistischen Wettbewerb sieht vielmehr so aus, daß jene Arbeiter, die ihre Aufgaben vorbildlich zu lösen verstehen, uneigennützig ihre Methoden und Erfahrungen an die Kollegen weitergeben.

Der Wettbewerb ist daher immer mit zwei Dingen verbunden: erstens mit dem Austausch der Erfahrungen, damit die besten Methoden im Massenumfange angewandt werden können, und ferner mit der öffentlichen Führung des Wettbewerbs, wodurch diese Erfahrungen, der im Wettbewerb erreichte Stand, aber auch die konkrete gute oder schlechte Leistung zum Gegenstand öffentlichen Interesses gemacht werden.

Der sozialistische Wettbewerb ist kein konfliktloser Prozeß, er ist auch für den einzelnen eine große vorwärtsführende, persönlichkeitsbildende Kraft, durch die er sich selbst besser erkennt und sich befähigt, seine Rolle als Produzent und Eigentümer immer besser, nicht zuletzt mit Hilfe seiner Gewerkschaftsgruppe, seiner Gewerkschaftsorganisation, wahrzunehmen.

In der DDR sind die Wähler zugleich die Besitzer der Produktionsmittel, die Eigentümer der Wirtschaft. Und die sie wählen werden, sind ihresgleichen, die Besten aus ihrer Mitte. Nichts liegt also näher, als gemeinsam darüber zu beraten, wie das gemeinsame Eigentum durch gemeinsame Arbeit zum Vorteil aller noch besser zu nutzen ist. Wahlen im Sozialismus sind nicht nur ein formaler Vorgang.

C. F.

Tories gegen Gewerkschaften

Britische Gewerkschaften kämpfen gegen Knebelung Regierung Heath will Streiks unterbinden

Am 1. Oktober 1971 wurde in Großbritannien ein sogenanntes „Gesetz zur Reform der industriellen Beziehungen“ wirksam. An diesem Tag begann in London ein staatlicher Registrator für Gewerkschaften seine Tätigkeit. Das Anti-Gewerkschaftsgesetz war gegen den Willen der gesamten Gewerkschaftsbewegung im Sommer vom Parlament verabschiedet worden. Nie zuvor gab es in Großbritannien derartige gesetzliche Festlegungen für die Beziehungen zwischen Gewerkschaften und Unternehmern. Das Gesetzeswerk der Regierung Heath ist die prompte Antwort auf die wachsende Kraft der britischen Gewerkschaften.

Die Arbeit des staatlichen Registrators stellt einen ersten konkreten Schritt dar zur angestrebten Unterbindung von berechtigten Kampfaktionen der Gewerkschaften, die darauf beharren, die Interessen ihrer Mitglieder ohne die Einmischung des Staates zu vertreten. Der Registrator ist die zentrale Figur in dem neuen Mechanismus des Anti-Gewerkschaftsgesetzes. Er soll bestimmen, welche Gewerkschaften als solche registriert und anerkannt werden und welche nicht.

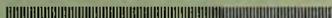
Die Eintragung durch den Registrator in die Liste der anerkannten Gewerkschaften hat zugleich die Respektierung des Gesetzes zur Regelung der industriellen Beziehungen mit der wichtigen Bestimmung zum Inhalt, daß die betreffende Gewerkschaft eine Satzung haben muß, wie sich die Konservativen diese vorstellen. Nicht registrierte Gewerkschaften werden großen Nachteilen unterworfen. Sie werden zur Einkommen- und Körperschaftssteuer veranlagt und können bei Kampfaktionen, wie Arbeit nach Vorschrift und Streiks, mit Geldstrafen bis zu unbeschränkter Höhe haftpflichtig gemacht werden.

Ob sich nun eine Gewerkschaft registrieren läßt oder nicht — fest steht, daß das Tory-Gesetz ihre traditionelle Funktion stark beeinträchtigt. Der Staat wird in die Lage versetzt, Streiks zu stoppen bzw. aufzuschleichen, bis die neugeschaffenen Arbeitsgerichte und der nationale Gerichtshof für industrielle Beziehungen sich einschalten können. Die britischen Gewerkschaften haben einmütig ihre Absicht erklärt, mit diesen Körperschaften nicht zusammenzuarbeiten.

Das Gesetz zielt dahin, allen Gewerkschaften in bezug auf ihre Handlungsfreiheit eine Zwangsjacke anzulegen, mit dem Köder geringerer Geldstrafen für jene Gewerkschaften, welche an ihrer eigenen Schwächung mitwirken. Das ist die Zielsetzung der Regierung Heath und, wie man sich erinnert, war das auch der wesentliche Inhalt des Entwurfs eines gegen die Gewerkschaften gerichteten Gesetzes der vorgegangenen Regierung des rechten Labour-Flügels unter Harold Wilson. Diese Pläne waren schon damals auf die Ablehnung der britischen Gewerkschaftsbewegung gestoßen.

Ob das Gesetz in dem Sinne wirksam werden kann, wie die Tories es planen, wird von dem Ausmaß des Widerstandes der Gewerkschaften abhängen. Das wissen beide Seiten — Regierung und Gewerkschaften. Anfang September 1971 beschloß der Kongreß des britischen Gewerkschaftsbundes TUC, der 10 Millionen Mitglieder repräsentiert, in Blackpool, daß sich die Gewerkschaften nicht registrieren lassen. Diese Taktik zielt dahin, die gesetzlichen Bestimmungen von vornherein nicht wirksam werden zu lassen.

Die große Frage der britischen Gewerkschaftsbewegung ist jetzt, ob dieser Beschluß einmütig befolgt wird. Die zuverlässigsten Gegner der Einmischung des Staates in gewerkschaftliche Angelegenheiten und in die Beziehungen zwischen Arbeitern und Unternehmern halten sich, indem sie ihre Reihen weiter festigen, an den gemeinsamen Beschluß. Aber es gibt auch Differenzen in dieser Frage. Einige Gewerkschaftsführer befürchten, daß ihre traditionellen Organisationsbereiche von solchen Gewerkschaften beeinträchtigt und aufgebro-



Mit Taft-Hartley-Gesetz gegen Hafnarbeiter

Der amerikanische Präsident Richard Nixon hat Anfang Oktober auf der Basis des Taft-Hartley-Gesetzes einen Gerichtsbeschluß erwirkt, der rund 15 000 Hafnarbeiter der USA-Westküste nach 99 Tagen Streik verpflichtet, die Arbeit wieder aufzunehmen. Mit diesem Eingriff zugunsten der Hafenernehmer wird der Streik der Hafnarbeiter um höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen für eine „Abkühlungsperiode“ von 80 Tagen unterbrochen.

Ende September haben auch an der Ostküste der USA 45 000 Hafnarbeiter die Arbeit niedergelegt, um ihre Forderungen durchzusetzen. Nixon wagte es noch nicht, auch diesen Streik abbrechen zu lassen.

chen werden könnten, die sich doch registrieren lassen und deswegen als „bevorzugte Kinder“ entsprechend bei Unternehmern und Regierung in der Gunst stehen.

Andere Gewerkschaftsführer sind in Wirklichkeit nicht gegen den Grundsatz staatlicher Intervention zur Niederhaltung der Arbeiterklasse. Sie versuchen selbst, die Entwicklung der Gewerkschaften zu einer realen unüberwindlichen Macht aufzuhalten, um zu verhindern, daß sie ihnen zunehmend aus den Händen gleiten. Noch andere wünschen keine Konfrontation mit der Regierung. Sie glauben, daß sich langfristig in der parlamentarischen Demokratie der gewerkschaftliche Wille im Parlament sowieso durchsetzen wird. Einige meinen auch, daß es besser sei, das Gesetz erst einmal hinzunehmen, bis wieder eine Labour-Regierung in Westminster eingekehrt ist, die es dann widerrufen werde.

Die Führerschaft in dem Kampf für die durch Nichtregistrierung angestrebte Wirkungslosigkeit des Gesetzes liegt bei der 1,4 Millionen Mitglieder zählenden Gewerkschaft der Stahl- und Gießereiarbeiter. Diese Gewerkschaft hatte an zwei Tagesstreiks gegen die Verabschiedung des Gesetzes über industrielle Beziehungen durch das Parlament teilgenommen. Diese Aktionen folgten auf eine Serie von Streiks, Demonstrationen und Kundgebungen, welche von einem Nationalen Komitee für die Verteidigung der Gewerkschaften getragen wurden und Hunderttausende von Beschäftigten aller Industriezweige allein in Streiks einbezog.

Die Führer des TUC dagegen beschränkten die Kampagne des Gewerkschaftsbundes im wesentlichen auf die Aufklärung über den Gesetzesinhalt und eine einzige nationale Protestveranstaltung in London, an der eine große Zahl von Arbeitern teilnahm.

Auf der gegenwärtigen Stufe der Auseinandersetzung ist die weitere Intensivierung des Kampfes gegen das Anti-Gewerkschaftsgesetz und seine Ausdehnung von besonderer Wichtigkeit. Die Gewerkschaften müssen noch fester zusammenstehen und alle ihre Mitglieder mobilisieren für öffentliche Demonstrationen gegen das Gesetz und alle Maßnahmen auf der Basis seiner Bestimmungen.

Es wäre falsch, sich zufriedenzugeben mit dem Warten auf eine Gesetzgebung, mit welcher die Labour-Führer das Tory-Gesetz ablösen wollen. Es ist aus öffentlichen Äußerungen von Führern des rechten Labour-Flügels gut bekannt — und auch aufgrund ihrer eigenen Versuche, eine Anti-Gewerkschaftsgesetzgebung zu verabschieden —, daß sie letztlich am Kern des Heath-Gesetzes festhalten wollen, nur etwas vornehmer verhält. Mick Costello, London

Gewerkschaftspolitik - wofür?

„Anpassung oder Widerstand? Gewerkschaften im autoritären Staat“. Herausgegeben von Sven Gustav Papke, Fischer-Bücherei Frankfurt/Main.

Die Autoren dieses sechs Arbeiten enthaltenden Sammelbandes, Sven Gustav Papke, Willy Wyninger, Rainer Kalbitz, Uwe Henning, Peter Schütt, Dettel Albers, unternehmen den Versuch, anhand zentraler Probleme des gewerkschaftlichen Kampfes in der BRD, wie der Mitbestimmungsproblematik, der Frage des Massenstreiks, gewerkschaftlicher Bildungspolitik, der Stellung des DGB in der Antinotstandskampagne sowie am Verhältnis von Betriebsräten und Gewerkschaften, Ziele und Inhalt gewerkschaftlicher Politik analytisch und kritisch zu werten. Als Vertreter der sogenannten „Neuen Linken“, wie sich die Autoren selbst verstehen, nehmen sie für sich in Anspruch, ihre Untersuchung von marxistischen Positionen aus zu führen.

Zweifellos sind marxistische Beiträge ein unentbehrlicher Bestandteil der Debatte um Inhalt und Ziel gewerkschaftlicher Interessenvertretung unter den Bedingungen der staatsmonopolistischen Bundesrepublik. Dazu gehört auch die prinzipielle Kritik, vor allem an den integrationistischen Kräften in der DGB-Führung bzw. in den Führungen der Einzelgewerkschaften und an Konzeption und Praxis jener gewerkschaftlichen Führungskräfte, die sich mehr oder weniger am traditionellen Reformismus orientieren.

Es gelingt den Verfassern, in vielen Passagen zu zeigen, worin die entscheidenden Ursachen dafür zu suchen sind, daß es den Gewerkschaften nicht möglich war, mit ihrer Politik der „Wiederherstellung der alten Besitz- und Machtverhältnisse“ in der BRD erfolgreich entgegenzuwirken. Sie bestätigen objektiv mit ihrer Kritik an der reformistischen Gewerkschaftspolitik die Notwendigkeit, Schluß zu machen mit der verhängnisvollen Politik der „Arbeitsgemeinschaft“ und der „sozialen Partnerschaft“ zwischen Arbeit und Kapital. Zutreffende Aussagen gibt es auch über den Charakter der „konzertierten Aktion“. Peter Schütt z. B. zeigt, daß es ein unauflöslicher Widerspruch ist, einerseits bedingungslos Arbeiterinteressen vertreten zu wollen, andererseits aber die bestehende Staatsform in der BRD für die „beste aller denkbaren“ zu halten.

Es sind jedoch zwei prinzipielle Fehler, an denen das Buch krankt. Der erste Fehler besteht im Postulat der Verfasser von einem absoluten Gegensatz von Arbeitermassen und Gewerkschaften. (Eine gewisse Ausnahme macht hier Schütt, der den

reilsten Beitrag geschrieben hat). Das wird besonders deutlich bei der Behandlung der Septemberstreiks 1969. Dabei werden von den Autoren nicht nur alle Gewerkschaftsführer undifferenziert in einen Topf geworfen, sondern vor allem wird unterstellt, die Gewerkschaften seien mit ihrem Apparat identisch.

Der andere grundsätzliche konzeptionelle Fehler des Buches zeigt sich im Unverständnis der Autoren (Schütt ist hier in vieler Hinsicht ausgenommen) für die Dialektik des Kampfes um demokratische Reformen innerhalb der bürgerlichen Ordnung und dem Kampf der Arbeiterklasse für ihr

Statistik und Klassenkampf

In dem von der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände inspirierten Informationsdienst für Unternehmer „KND“ wird in der Ausgabe Nr. 52 vom 5. 8. 1971 auf der Sonderseite „Linksaktivitäten“ zu der Veröffentlichung der NACHRICHTEN-Verlags-GmbH „Arbeiterseminar 71“ Stellung genommen.

Ein J.-L. D. (Dr. Johann-Ludwig Dortans, leitender Mitarbeiter der BDA) behauptet, Heinz Jung, stellvertretender Leiter des Instituts für marxistische Studien und Forschungen, habe in der genannten Publikation Streikziffern angegeben, die „mit der Wirklichkeit nicht übereinstimmen“. Die Streikstatistik solle zum „Manipulationsobjekt der Linksradikalen gemacht werden“. Die Streikziffern würden zwecks einer „größeren Wirkung... gefälscht“.

Dr. Jung hatte in „Arbeiterseminar 71“ geschrieben: „Waren es im September 1969 150 000 Streikende, so im Herbst 1970 allein in der Metallindustrie über eine halbe Million.“ (S. 7)

Dortans führt dagegen die Angaben des Statistischen Bundesamtes mit 89 571 Streikenden für das ganze Jahr 1969 (III. Quartal 68 967) und 184 269 für 1970 (III. Quartal 111 570) ins Feld. (Siehe: „Statistisches Jahrbuch für die BRD 1971“; S. 134).

Man muß sich fragen, sind die Interessenvertreter der Kapitalisten tatsächlich so naiv, daß sie die in ihrem Interesse manipulierte offizielle Streikstatistik für bare Münze nehmen? Denn Herrn Dr. Dortans ist es sicher

revolutionäres Endziel. Die Autoren verzichten auf jede ernsthafte Analyse der neuen Wechselbeziehungen zwischen Ökonomie und Politik unter staatsmonopolistischen Verhältnissen. Sie verfallen in den Fehler, die Gewerkschaftsbewegung der BRD ideologisch als homogen zu betrachten. Es ist den Verfassern auch nicht möglich, die Rolle der Gewerkschaften bei der Organisierung der Arbeiterklasse und der Entwicklung des politischen Kampfes gegen das staatsmonopolistische Herrschaftssystem entsprechend den Gesetzen des Klassenkampfes zu definieren.

Zweifellos muß man das Anliegen der Autoren respektieren, die Gewerkschaften von reformistischer Beschränktheit und bürgerlichem Einfluß zu lösen und sie zu revolutionieren. Dies allerdings ist nicht ohne die Gewerkschaften und schon gar nicht gegen sie zu erreichen. Es ist nur in geduldiger, zäher Kleinarbeit und nur mit allen klassenbewußten gewerkschaftlich organisierten Arbeitern zu verwirklichen. Dr. Tu.

nicht entgangen, daß ebendort auf S. 120 von den Statistikern erklärt wird, es seien nur die den Arbeitsämtern gemeldeten Streiks und die mit einer Dauer von über einem Tag in die Statistik aufgenommen.

Die Tatsachen besagen: Für 1969 wird in der IMSF-Studie „Die Septemberstreiks 1969“ bis ins kleinste Detail eine Streikteilnehmerzahl von mindestens 140 000 nachgewiesen. Diese Mindestzahl wird von allen seriösen Untersuchungen bestätigt.

Für die Tarifbewegung im Herbst 1970 in der Metallindustrie erklärte der IGM-Tarifexperte Hans Mayr: „Weit über eine halbe Million Arbeiter legten während dieser Tarifbewegung spontan die Arbeit nieder.“ (Siehe: „Der Gewerkschafter“, Nr. 1a, 1970, S. 14). Laut Zeitungsveröffentlichungen registrierte allein die IG Metall für ihren Bereich im 2. Halbjahr 1970 648 415 Streikende.

Wir können nicht annehmen, daß das Niveau eines leitenden Mitarbeiters der BDA derart unter dem wissenschaftlichen Strich ist, um diese Tatsachen zu übersehen. Wozu dann aber dieses gestörte Verhältnis zur Wahrheit und die Fälschung der Streikzahlen? Dr. Dortans will den Unternehmern für die diesjährige Lohnrunde die Furcht vor der Antwort der Arbeiter und Angestellten nehmen. Mit dieser Art Selbstberuhigung werden die Unternehmer jedoch genauso auf dem Bauch landen, wie Dr. Dortans im Umgang mit der Statistik.

Christoph Eiche

- **24. bis 30. Oktober**
9. Gewerkschaftstag der IG Druck und Papier in Nürnberg.
- **26. bis 27. Oktober**
9. Bundesangestelltenkonferenz des DGB in Mainz.
- **11. und 12. November**
9. Deutscher Beamtentag des DGB in Bonn.
- **18. und 19. November**
8. Bundesjugendkonferenz des DGB in Dortmund.
- **25. bis 28. November**
Parteitag der Deutschen Kommunistischen Partei in Düsseldorf.
- **11. bis 14. April 1972**
4. Internationale Automationstagung der IG Metall in Oberhausen.
- **25. Juni bis 1. Juli**
9. ordentlicher Bundeskongress des Deutschen Gewerkschaftsbundes in Westberlin.

PERSONALIEN

Otto Kersten, Leiter der Auslandsabteilung des Deutschen Gewerkschaftsbundes, wurde vom DGB-Bundesvorstand für die Funktion des Generalsekretärs des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften (IBFG) vorgeschlagen. Auf ihrer Tagung am 15. September hat sich die politische Kommission des IBFG diesem Vorschlag angeschlossen. Wenn auch das am 22. Oktober in Brüssel zusammen tretende Exekutivkomitee die Nominierung Kerstens unterstützt, wird als letzte Instanz der nächste IBFG-Kongress im Juli 1972 in London über seine Wahl entscheiden. Kersten soll den aus Krankheitsgründen zurückgetretenen Holländer Harm Builer ablösen. Mit der Nominierung Kerstens für den Posten des IBFG-Generalsekretärs hat der DGB-Bundesvorstand seine in letzter Zeit verstärkte politische Einflußnahme auf diesen internationalen Gewerkschaftsbund nunmehr auch im personellen Bereich forciert.

Dr. Werner Thönnessen, Leiter der Pressestelle der IG Metall, wird vermutlich Vizepräsident des Internationalen Metallarbeiterbundes (IMB), der dem IBFG zugeordnet ist. Thönnessen wird sich, wie aus dem IG-Metall-Vorstand verlautet, auf dem nächsten IMB-Kongress zur Wahl stellen. Präsident des IMB ist Otto Brenner, der Vorsitzende der Industriegewerkschaft Metall in der Bundesrepublik.

Programm für Gesundheit

Noch in diesem Herbst will der DGB ein gesundheitspolitisches Programm vorlegen. Es soll auch für die Organisation der gesetzlichen Krankenversicherung neue vereinheitlichende Züge aufweisen. Mit seinem gesundheitspolitischen Programm will der DGB u. a. der Gefahr entgegenreten, daß die sich entwickelnde Vorsorgemedizin zu einer Goldgrube für rücksichtslose Geschäftemacher wird.

Die Wiesbadener Mayo-Klinik hat bereits schlechte Schule gemacht. Auch in Westberlin hat eine amerikanische Firmengruppe ein Diagnosezentrum eingerichtet und in Hamburg wird mit dem Slogan „Investieren Sie im sichersten Beruf der Welt“ für die Beteiligung an einem Facharzzentrum geworben, das 10 Millionen Mark kosten und eine durchschnittliche Rendite von 25 Prozent in den ersten zehn Jahren abwerfen soll.

Der DGB fordert dagegen für die Vorsorgemedizin eine Organisationsform, die gemeinsam von Krankenkassen, kassenärztlichen Vereinigungen und Krankenhäusern getragen werden soll. Die Diagnosezentren sollen als öffentliche Einrichtungen installiert werden. Der DGB verweist dazu auf das Beispiel der Früherkennungsuntersuchungen, die vom Bundesgesundheitsministerium in Hessen mit mobilen Einheiten durchgeführt wurden und pro Person etwa 80 DM gekostet haben. Er fordert zugleich die Ausweitung der Vorsorgeuntersuchungen auf Herz-Kreislaufkrankungen, Krebs- und Stoffwechselerkrankungen.

Es ist anzunehmen, daß der DGB sich in seinem gesundheitspolitischen Programm auch gegen die verstärkte Abwälzung der Kosten für staatliche Aufgaben auf die Krankenversicherer wie auf andere Zweige der Sozialversicherung wendet und ihre volle Erstattung aus dem staatlichen Haushalt fordert. Bekanntlich haben die Krankenkassen 1969 allein für Mutterschaftsgeld 543,4 Mill. DM ausgezahlt, von denen nur 148,2 Millionen DM vom Bund

erstattet wurden. Den größten Anteil des Mutterschaftsgeldes mit 395,2 Millionen DM mußten also die Krankenkassen aus den Beitragsgeldern der Arbeiter und Angestellten bezahlen.

Dafür droht jetzt den Arbeitern und Angestellten neben der für Januar 1972 angekündigten Erhöhung des Beitrages zur Arbeitslosenversicherung und der für Januar 1973 schon beschlossenen Erhöhung des Beitrages, für die Rentenversicherung auch noch eine Steigerung des Beitragssatzes für die Krankenversicherung.

Zu guter Letzt

Ein Stahlarbeiter, der 1960 ein Bruttoeinkommen von 8000 DM hatte, brachte es 1969 auf 14000 DM. Ein Aktionär, der im Jahre 1960 aus einer guten Mischung deutscher Stahllaktien ein Einkommen von 8000 DM bezogen hat, hätte im vergangenen Jahr 1000 DM eingebüßt und nur 7000 DM bekommen. Das rechnet der CDU-Bundestagsabgeordnete Dichtigans aus.

Die Aktionäre sollten Stahlarbeiter werden.

Beilage

Dieser Ausgabe der NACHRICHTEN liegt eine Bestellkarte für die NVG-Neuerscheinung „Entschleierte Profite — Bilanzlesen leichtgemacht“ bei.

NACHRICHTEN

ZUR WIRTSCHAFTS- UND SOZIALPOLITIK

Die NACHRICHTEN zur Wirtschafts- und Sozialpolitik erscheinen monatlich in der NACHRICHTEN-Verlags-GmbH mit vierteljährlicher Beilage „Informationen zur Wirtschaftsentwicklung und Lage der Arbeiterklasse“ (März, Juni, September, Dezember — nur für Abonnenten).

Herausgeber: Josef Ledwohn, Essen; Heinz Lukrawka, Dinslaken; Heinz Seeger, Friedrichshafen.

Redaktionskollegium:
Dr. Werner Patschick, 6 Frankfurt/M. 60, Friedberger Landstraße 307;
Heinz Seeger, 798 Friedrichshafen, Erlenweg 3/9;
Gerd Siebert, 205 Hamburg 80, Hamackring 31.

Verlage- und Redaktionsanschrift: 6 Frankfurt/M. 60, Friedberger Landstraße 307; Telefon 88 97 91; Konto-Nr. 10-58029-0 Bank für Gemeinwirtschaft Frankfurt/Main; Postcheckkonto: Frankfurt 305040.

Einzelpr. 1,00 DM; Jahresabonnement 14,— DM, einschließlich Zustellgebühr; Halbjahresabonnement 7,— DM.

Bei Nichterscheinen infolge höherer Gewalt besteht kein Ersatzanspruch. Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet.

Druck: Plambeck & Co., Neumünster

N

VG

NACHRICHTEN-Verlags-

Gesellschaft mbH.

Frankfurt am Main